

Göttweig zur Zeit der Ersten Republik und der NS-Herrschaft

Von Helmut Engelbrecht — Krens

Das Schicksal des Benediktinerstiftes Göttweig in der Zwischenkriegszeit unterschied sich, wenn nur die Umrisse festgehalten werden, zunächst kaum von dem anderer österreichischer Klöster. Es ausführlich darzustellen, mag dadurch gerechtfertigt sein, daß es zum erstenmal geschieht und Fakten für spätere Jahrhunderte festgehalten werden sollen, deren Stellenwert in einer Geschichte des Stiftes im Einzelfall vielleicht einmal anders gesehen wird.

Aus der augenblicklichen Sicht verdienen drei Vorgänge besonderes Gewicht und kennzeichnen diese Epoche: Die Bewältigung der wirtschaftlichen Not, die schrittweise Neuorientierung des monastischen Lebens an einer strengeren Auslegung der Benediktus-Regel und schließlich die Enteignung des Stiftes durch die nationalsozialistischen Machthaber. Die Aufhellung der Grundstruktur dieser Entwicklungen und die Durchzeichnung mit Einzelheiten, soweit es nötig ist, vermag ein Paradigma für den Verlaufsmechanismus derartiger Geschehnisse zu geben und führt daher auch aus dem Besonderen ins Allgemeine hinüber.

Drei Tatbestände müssen freilich dabei im Auge behalten werden: Zunächst: Auch ein Kloster kann sich nicht von seiner Zeit abkoppeln, seine Geschichte wird von den Zeitereignissen mitgeformt. Weiters: Abt und Mönche verfügen im wesentlichen nur über das Verständnisinventar und die Sichtweisen der Zeitgenossen; deren Blickwinkel äußert sich auch bei ihrem Urteil und Handeln im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Und nicht zuletzt: Obgleich sich die Professoren zum Dienst Gottes versprochen haben, bleiben an ihnen die Schwächen des Menschen haften. Sie machen Fehler und verstoßen in einzelnen Fällen gegen sittliche Normen und staatliche Gesetze.

I. Die Äbte als Träger der Verantwortung

Abt Dungal im Konflikt mit seinem Kapitel

Das Geschick eines Klosters wird weitgehend von der Persönlichkeit und den Fähigkeiten des jeweiligen Abtes mitbestimmt. Die drei Äbte, die nun Göttweig zwischen 1918 und 1945 regierten, waren ungleich in Wesen und Leistung.

Adalbert I. (Alois) Dungal (1886–1923) ragt allerdings wie ein Relikt einer vergangenen Zeit in diese Epoche.¹ Der einst angesehene, barockem

1) Siehe dazu die vorstehenden Ausführungen von Ernst Wangermann, S.380 bis 385. — Die archivalischen Quellen auch für diesen Abschnitt finden sich im Stiftarchiv Göttweig, soweit nichts anderes angegeben ist.

Leben zugeneigte und von ehrgeizigen Plänen erfüllte Abt hatte sich im Alter enttäuscht und verbittert in die Prälatur seines Stiftes zurückgezogen, verwahrloste² und wuchs in einen krankhaften Zustand hinein. Er kümmerte sich nur noch wenig um seine Führungsaufgaben und mied nach Möglichkeit notwendige Entscheidungen. Für das Stift wurde er ohne Zweifel zu einer Belastung. Als er im Herbst 1920 kostbare Möbel, die er als seinen Besitz beanspruchte,³ um 190.000 K einem Händler überließ, kam es zum Zusammenstoß zwischen Kapitel und Abt.⁴ Denn dieser hatte versucht, vom Österreichischen Staatsdenkmalamt die Zusicherung zu bekommen, daß ein aus eigenem Einkommen erworbener Gegenstand Privateigentum sei, doch hatte sich dieses dafür nicht kompetent erklärt.⁵ Auch seine Warnung, daß die Kapitularen, wenn das grundsätzliche Eigentumsrecht des Stiftes anerkannt werde, vielleicht dann auch seine früheren Schenkungen an die ehemaligen Hofmuseen zurückverlangen möchten, blieb ohne Wirkung.⁶ Schließlich nahm er sogar einen Anwalt gegenüber dem mit Recht aufmuckenden Kapitel in Anspruch.⁷ Dessen Wortführer war der Prior Dr. Hartmann Strohsacker, der sehr bestimmt den kirchenrechtlichen Grundsatz vertrat, daß alles, was ein Ordensmann erwirbt, seinem Kloster gehört. Doch suchte er gemeinsam mit den Kapitularen eine Regelung,⁸ die das Ansehen des Abtes vor der Öffentlichkeit nicht herabsetzte. Der Käufer konnte zum Rücktritt bewogen werden. Der bereits an den Abt gezahlte hohe Geldbetrag wurde — mit Hilfe einer Belehnung — rückerstattet.

Der Abt-Primas der Benediktiner in Rom teilte die Auffassung des Kapitels, und es verwundert nicht, daß die Beschwerden der rebellierenden Ordensleute ihn zum kirchenrechtlichen Handeln veranlaßten. Während Abt Dungal eine kanonische Visitation wünschte, welche die Disziplinschwierigkeiten in seinem Kloster feststellen sollte, sah der Präses der österreichischen Benediktiner-Kongregation *die glücklichste Lösung aller Schwierigkeiten*, wenn der Abt zugunsten eines Koadjutors cum iure succedendi resigniere. Sein Alter sowie sein Herzleiden seien dafür Grund genug. Er drängte auf eine rasche Entscheidung, weil er nach Rom berichten mußte.⁹ Doch Dungal fiel es schwer, seine Resignation zu erklären, die der *Prior und (ein) verhetztes Capitel* verursacht hätte.¹⁰ Als Begründung wollte er sogar, wie in einem Ent-

- 2) Er vernachlässigte seine Wäsche und Kleidung, ließ sich den Bart wachsen und bot schließlich eine *ganz unübliche, fast abenteuerliche Erscheinung*. Mück, Catalogus S. 402.
- 3) Dungal hatte sie — z. B. den zinnegelegten Kasten — wohl aus eigenen Mitteln gekauft, aber auf Stiftskosten restaurieren lassen. Wie Anm. 2.
- 4) Ergebnis der mit den H. H. Kapitularen am 2. Nov. 1920 gepflogenen Besprechung („Möbelangelegenheit“). K-F/6-1920.
- 5) Österr. Staatsdenkmalamt an Dungal, 1920 Jän. 12. K-F/6-1920.
- 6) Dungal an Österr. Staatsdenkmalamt, Konzept, 1920 Okt. 12. K-F/6-1920.
- 7) Prior Dr. H. Strohsacker an Dr. F. Rasp, Krems, 1920 Dez. 21. K-F/6-1920.
- 8) Wie Anm. 4.
- 9) A. Oppitz an Dungal, 1922 Feb. 8. K-F/6-1922.
- 10) Handzettel 1922 (Plan der Resignation). K-F/6-1922.

wurf eines Briefes zu lesen ist, *mangelhafte Ernährung* angeben, die er im Stift erhalte.¹¹ Es war ein bedrückender Abgang für eine Persönlichkeit, die Erfolg und äußeren Glanz gesucht und auch gefunden, ihre hochgesteckten Ziele letztlich aber verfehlt hatte. Dungal war einer Umbruchzeit nicht gewachsen gewesen, der mit den gewohnten Reaktionen nicht erfolgreich zu begegnen war. Wirtschaftsführung während einer Inflation unerhörten Ausmaßes, mangelnde Seriosität vieler Firmen und das Überwiegen von Schiebern und gerissenen Geschäftemachern hatten den alten Mann gleichsam in Panik versetzt und ihn um das eigene Überleben fürchten lassen. Manche seiner Handlungen zeigten bereits paranoide Züge. Nur gezwungen stimmte er der Wahl eines Koadjutors zu.

Wahl eines Koadjutors

Diese wurde für den 31. Mai 1922 angesetzt. Der Mann, der durch sein energisches Eingreifen diese Wahl herbeigeführt hatte, galt als der logische Nachfolger: Prior Dr. Hartmann Strohsacker.¹² Dieser war gleichsam auf Göttweiger Gebiet daheim. Geboren am 6. Juni 1870 in Mauternbach, hatte er das Kremser Gymnasium besucht, war in Göttweig eingetreten und von Abt Dungal besonders bevorzugt worden. Er erwarb in Innsbruck sein theologisches Doktorat und lehrte zwischen 1899 und 1913 Dogmatik am Benediktinerkolleg Sant' Anselmo in Rom. Dort war er sogar Rektor gewesen (1908). Nach seiner Rückberufung (1913) bekleidete er bald das Amt des Priors in Göttweig (1914), das er gewissenhaft erfüllte, aber für das ihm der Rückhalt eines handlungswilligen Abtes fehlte. Er machte sich während dieser schwierigen Tätigkeit daher eine Reihe von Feinden. Aus diesem Grunde erhielt er nun nicht die Mehrheit der Stimmen seiner Mitbrüder. Im zweiten Wahlgang wurde ihm der um zwei Jahre ältere Pfarrverweser von Unternalb, Dr. Adalbert Fuchs,¹³ knapp vorgezogen. Dieser nahm nur schweren Herzens an, denn seine Liebe gehörte der Wissenschaft.

Der überraschend gewählte Abt-Koadjutor war am 12. September 1868 in Landschau in Südmähren als Sohn eines Landwirtes geboren worden und 1887 in das Stift Göttweig eingetreten. Er wurde hier 1892 zum Priester geweiht und durfte an der Wiener Universität historische Studien aufnehmen. Auch unterrichtete er ab 1894 für einige Jahre Kirchengeschichte, Kirchenrecht und Dogmatik an der Göttweiger Hauslehranstalt. Dann wirkte er in der Seelsorge (Brunnkirchen, 1901–1911; Hainfeld, 1911–1921; Unternalb, 1921/22) und fand dabei Zeit zu einer umfangreichen historischen Forschungstätigkeit und zum Abschluß seines Studiums (Dr. phil., 1904). Die Fülle und Qualität seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen, wie „Urkunden und

11) Entwurf eines Schreibens an Michael Rosenzweig, s. d. K-F/6-1922.

12) Zu seinem Lebenslauf siehe Lashofer, Professoren Nr. (60) 1430.

13) Im ersten Wahlgang erhielt Dr. Fuchs von 52 abgegebenen Stimmen bereits 26, Dr. Strohsacker 22. Mück, Catalogus S. 381. Zu seinem Lebenslauf siehe Lashofer, Professoren Nr. (59) 1422; Reichspost 1928 Sept. 13; St. Pöltner Zeitung 1930 Nov. 20; Niederösterreichische Land-Zeitung 1930 Nov. 19.

Regesten zur Geschichte des Benedictinerstiftes Göttweig“ (FRA II, 51, 52, 55), „Die Urbare des Benediktinerstiftes Göttweig“ (Österreichische Urbare III/1, Wien-Leipzig 1906), „Das Benediktinerstift Göttweig. Seine Gründung und Rechtsverhältnisse im Mittelalter“ (Salzburg 1917), brachten ihm schon früh über die Grenzen des Landes hinaus Anerkennung.¹⁴ Das Stift konnte auf ihn stolz sein. Der eher kleine, dickliche Mann war bescheiden, lebenswürdig und als Seelsorger beliebt. Er hatte viel Verständnis für die Nöte der Menschen und versuchte zu helfen, wo es ihm möglich war.

Neubeginn

Dr. Fuchs bewies noch am Wahltag, wie er mit der verworrenen und kritischen Situation seines Stiftes fertigzuwerden gedachte. Er machte sogleich mit dem von Abt Dungal seit langer Zeit nicht mehr einberufenen Kapitulum eine Art Bestandsaufnahme, ließ sich die Wünsche der Kapitularen vortragen und suchte in geschickter Weise gemeinsam mit ihnen nach Lösungen.¹⁵ Elemente der Demokratie fanden jetzt Eingang in das Klosterleben. Der Abt-Koadjutor wünschte echte Mitbestimmung der Konventualen. Im Kapitel wurde ihnen das geheime Stimmrecht zugesichert; ein neu eingerichteter Wirtschaftsbeirat sowie ein Seniorenrat traten dem Abt zur Seite. Diese schränkten zwar seine Handlungsfähigkeit ein, doch sicherten sie seine Entscheidungen gleichzeitig auch ab, gaben ihm Rückhalt im Hause. Dr. Fuchs zeigte außerdem gleich anfangs, daß er sich — wie er es als Wissenschaftler gewohnt war — nicht auf Aussagen und Berichte von vornherein verlassen wollte. Er überprüfte daher persönlich, ohne den großen Zeitaufwand und persönliche Anstrengungen zu scheuen, wie es mit dem baulichen Zustand des Stiftes und der Stiftshöfe, dem Zustand der Weingärten und des Forstes sowie der Göttweig inkorporierten Pfarren aussah. Auch war es ihm ein Anliegen, daß der Informationsfluß zwischen ihm und seinen Mitbrüdern in den Pfarren nicht abriß, doch legte er dafür keine verbindlichen Formen fest. Es ist immerhin bezeichnend, daß im Jahre 1922 insgesamt elf Kapitelsitzungen abgehalten wurden. Sie setzten erfolgreiche Schritte zu einer wirtschaftlichen Besserung und einer spirituellen Erneuerung des Klosters. Es muß festgehalten werden, daß die Zahl der Kapitelsitzungen nur wenig absank,¹⁷ als er als Abt nachrückte, obgleich bis zu diesem Zeitpunkt bereits viele Probleme einer befriedigenden Lösung zugeführt waren.

Abt Fuchs und sein Wirken

Für Dr. Fuchs war diese notwendigerweise hektisch vorangetriebene Aufbauarbeit nicht einfach, mußte er doch Sparmaßnahmen setzen, wo immer es

14) Hans Plöckinger, Das wissenschaftliche Lebenswerk des Abtes Dr. Adalbert Fuchs vom Stifte Göttweig. Kremser Zeitung 1930 Nov. 27; ÖBL I, S. 377.

15) PrKapV Nr. 1 (1922 Mai 31), S. 35 f.

16) PrKapV Nr. 1—11, S. 34—54.

17) Im Jahre 1923 fanden acht, 1924 zwölf, 1925 zehn, 1926 neun, 1927 sechs, 1928 sechs und 1929 neun Kapitelsitzungen statt.

möglich war, und dafür die Zustimmung des Kapitels gewinnen. Am stärksten waren davon die Patres in den Göttweiger Pfarren betroffen, die am Rande des Existenzminimums leben mußten und daher mißtrauisch diese Entwicklung verfolgten. In dem entmachteten Abt Dungal hatte er außerdem einen Gegner, der die Öffentlichkeit nicht scheute und das Kloster mit seinen Beschwerden ins Gerede brachte.¹⁸ Am 10. Juli 1923 starb dieser überraschend und so einsam, wie er in den letzten Jahrzehnten gelebt hatte, in der Nähe seines Bienenhauses. Noch die Abwicklung der Nachlaßverhandlung bereitete Schwierigkeiten, denn Wertgegenstände waren verschwunden und eine Nichte beanspruchte den Privatbesitz des verstorbenen Abtes. Es bedurfte sehr energischer Schritte, um auch hier dem Kirchenrecht zum Durchbruch zu verhelfen.²⁰ Überdies stellte sich heraus, daß der Waldmeister²¹ — im Auftrag des verstorbenen Abtes, wie er sagte — einen Reservefonds für die alten Herren des Konvents angelegt hatte, damit diese im Falle der Aufhebung des Stifts einen gesicherten Lebensabend verbringen könnten. Mit diesem Geld war durch einen Strohmännchen eine Villa in Stiefern aufgekauft worden.²² Auch diese mußte trotz der schwierigen Rechtslage nun dem Stift zurückgewonnen werden. Abt Adalbert II. (Franz) Fuchs vermochte auch diese recht unerquickliche Angelegenheit in geschickter Weise zu bereinigen.²³

Im Jahre 1928 fanden sich noch der Landeshauptmann und der Bischof von St. Pölten in Göttweig ein, um ihm zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren und seine Leistungen als Abt und Gelehrter zu würdigen. Das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich wurde ihm damals als sichtbares Zeichen der Anerkennung verliehen.²⁴ Die Wiener Akademie der Wissenschaften berief ihn zu ihrem korrespondierenden Mitglied (1930).

Er konnte jetzt wieder etwas mehr Zeit für seine wissenschaftliche Arbeit erübrigen. Er übersetzte die Lebensbeschreibung des Hl. Altmann und begann mit der Herausgabe des bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden Verzeichnisses der Schenkungen und Übertragungen an das Kloster Göttweig, der sogenannten „Traditionsbücher“.²⁵ Doch dem ungemein fleißigen, sich selbst nicht schonenden Abt war nur eine kurze Regierungszeit zugemessen. „Iuste ac constanter“, wie sein Wahlspruch lautete, war er unermüdlich seinen Aufgaben nachgegangen. Aber im Herbst 1929 klagte er über Atemnot

18) PrKapV Nr. 11 (1922 Nov. 19), S. 54.

19) DiGoN S. 159 (1923 Juli 10).

20) PrKapV Nr. 15 (1923 Aug. 2); Michael u. Blandine Rosenzweig an Fuchs, 1923 Aug. 10; 1923 Sept. 11. Fuchs an Michael u. Blandine Rosenzweig, 1923 Aug. 13, 1923 Sept. 14. NL Fuchs.

21) P. Heinrich (Florian) Siegl, Dipl. Ing. (Hochschule f. Bodenkultur, Wien). Siehe Lashofer, Professoren Nr. 1436.

22) PrKapV Nr. 17 (1923 Okt. 14), S. 67.

23) Der Verkauf des Hauses und der Rückfluß des Geldes ins Stift zögerte sich aber Jahre hinaus. PrKapV Nr. 39 (1925 Aug. 14), S. 106; Nr. 51 (1927 Feb. 13), S. 123.

24) Verleihungsurkunde, 1928 Sept. 1. NL Fuchs. Reichspost 1928 Sept. 13, S. 8.

25) Siehe Literaturverzeichnis.

und hohen Blutdruck. Sein Zustand verschlechterte sich rasch. Ein Schlaganfall lähmte ihn halbseitig und setzte seine Sehkraft und sein Sprachvermögen herab. Alle Behandlungsversuche schlugen fehl. Am 15. November 1930 wurde er von seinem Leiden erlöst.²⁶

Dr. Fuchs zählt unbestritten zu den bedeutenden Äbten des Stiftes. Er hatte es sicher durch eine schwere Krise geführt und zudem ihm durch seine wissenschaftliche Tätigkeit bleibenden Glanz verliehen. Er trat von der Lebensbühne ab, als er selbst auf dem Gipfelpunkt allgemeiner Anerkennung stand. Es schien, als ob nunmehr jede Existenznot von seinem Kloster ferngehalten werden könnte. Niemand ahnte, daß seinem Nachfolger das bitterste Schicksal eines Ordensmannes bevorstand: sein Haus zu verlieren und davongejagt zu werden.

Die Wahl des neuen Abtes erfolgte am 11. Dezember 1930 und brachte wie immer viel Unruhe ins Stift. Die überwiegende Zahl der Kapitularen entschied sich nunmehr für Dr. Strohsacker, der 1922 Dr. Fuchs unterlegen war. Dieser nahm die Entscheidung seiner Mitbrüder an, kehrte aber sogleich wieder auf seine Pfarre Kilb zurück, um die Bestätigung durch den Heiligen Stuhl abzuwarten, die ihm *zunächst gar nicht sicher schien*. Doch diese traf schon zu Weihnachten ein, und so wurde er am 15. Jänner 1931 feierlich in sein schweres Amt eingeführt.²⁷ Es war bezeichnend für Abt Hartmann II. (Augustinus) Strohsacker (1930–1946), daß er in der ersten Sitzung des Kapitels kein Programm für seine künftige Tätigkeit entwickelte — die ließ er davon abhängig werden, *wie die Dinge sich entwickeln würden*, sondern recht ausführlich seine Wünsche zum Breviergebet, zu liturgischen Feiern und zur Hausordnung bekanntgab.²⁸ Denn der große, schlanke Abt war nicht nur überaus gebildet, mehrerer Sprachen kundig, sondern auch ein sehr frommer Mann, der vorbildlich nach der Regel des Hl. Benedikt lebte. Er genoß allgemeinen Respekt und erreichte durch seine menschliche, gemühtiefe Art, daß sich die Konventualen als Familie fühlten.²⁹ „*Prodesse magis quam praeesse*“ war nicht nur sein Wahlspruch, sondern tatsächliche Richtschnur seines Handelns. Das Schwergewicht seines Wirkens lag auf der Reform des Klosteralltags im Sinn der Benediktus-Regel.

II. Bewältigung der wirtschaftlichen Not

Göttweig als Wirtschaftskörper

Die wirtschaftliche Not war ein ständiger Begleiter des Stiftes in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, bedeutete manchmal sogar seine existen-

26) DiGoN S. 192–196; Niederösterreichische Land-Zeitung 1930 Nov. 19, 1930 Nov. 26.

27) Dr. Strohsacker erhielt schon im ersten Wahlgang 34 Stimmen bei 47 Wählern. Instrumentum electionis Abbatis Gottwicensis die 11. Dec. 1930. NL Fuchs. — DiGoN S. 197 f.; Niederösterreichische Land-Zeitung 1930 Dez. 17; Kremser Zeitung 1930 Dez. 18, 1931 Jän. 16; Reichspost 1930 Dez. 12.

28) PrKapV Nr. 1 (1931 Jän. 25), S. 168.

29) Interview Fr. Alois Knoll v. 19. Jän. 1982 (Tonband in AG).

tielle Bedrohung. Würde man nur die Hauptaktionen der Äbte im Auge behalten, so möchte man glauben, der verzweifelte Kampf ums wirtschaftliche Überleben bestimmte alle Handlungen.³⁰ Das darf nicht verwundern. Denn das Stift Göttweig war ein mächtiger Wirtschaftskörper. Es besaß beinahe 4.000 ha Wald und über 900 ha landwirtschaftlich genutzten Boden, unterhielt Meierhöfe (Meidling, Furth, Pfisterhof, Gurhof und Unternalb) sowie ein Sägewerk in Klein-Wien und einen Steinbruch in Meidling im Tale. Auch verfügte es über Weinkeller, Gastbetriebe in Göttweig und Wien, Arbeiterhäuser wie Schulgebäude. Außerdem konnte es ausgedehnte Jagd- und Fischereirechte nutzen.³¹ Doch der bedeutende Besitz an Grund und Boden sowie an Realitäten war mit einer Fülle von Verpflichtungen belastet. Die Stiftsmitglieder — es waren immer mehr als ein halbes Hundert³² — mußten erhalten werden, die Besoldung für die Seelsorger in den 31 inkorporierten Pfarren war zu bezahlen, das Stift war auch Brotgeber für eine große Schar von Menschen, die in seinen Betrieben arbeiteten. Neben dem Personalaufwand fielen auch die Baulasten schwer ins Gewicht, die das Stiftsgebäude selbst, der Häuserbesitz sowie die Kirchen und Pfarrhöfe der Göttweiger Pfarren verursachten.³³ Die Möglichkeiten, das stiftliche Einkommen mit kapitalistischen Methoden zu erhöhen, wurden in der Regel nicht genutzt. Das lag nicht nur daran, daß soziales Verständnis und christliche Mildtätigkeit auch die wirtschaftlichen Entscheidungen beeinflussten, sondern auch am Fehlen jeder Notwendigkeit. Denn Göttweig besaß, wie es lange Zeit schien, eine ausreichende Kapitaldecke, hatte es doch für die Ablösung der alten Zehente um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Rentenvermögen von 1,659.000 K erhalten, das jährlich 67.500 K abwarf.³⁴ Davon konnten zumindest immer alle finanziellen Bedürfnisse der inkorporierten Pfarren gedeckt werden. Dieser wichtige Vermögensteil des Stiftes wurde aber durch die Inflation der ersten Nachkriegsjahre weitgehend entwertet und ging 1922 vollkommen verloren, weil er zur Bezahlung der Vermögensabgabe herangezogen wurde. Dessen Ausfall bedingte eine wesentliche Veränderung der wirtschaftlichen Situation des Stiftes.

Der Zusammenbruch der Monarchie und seine Folgen

Die Äbte lenkten, darauf soll gleich anfangs hingewiesen werden, nicht

-
- 30) In den Protokollen der Kapitelsitzungen überwiegen die Tagesordnungspunkte, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.
- 31) Summarisches Inventar des Stiftsvermögens behufs Bestellung eines neuen Abtes, 1930 Nov. 26. NL Fuchs. Eine derartige Zusammenstellung aus dem Jahre 1922 war nicht auffindbar.
- 32) Z. B. 1926: 52 Patres, 7 Kleriker, 3 Fratres, 1 Novize; 1930: 47 Patres, 2 Kleriker, 4 Fratres; 1937: 46 Patres, 4 Kleriker, 4 Fratres, 3 Novizen. *Annales Ordinis S. Benedicti* (Rom 1920—1937).
- 33) Dazu kamen noch die Patronatslasten für vier Pfarren (Heiligenblut, Ottenschlag, Sallingberg; Retz).
- 34) Fuchs an NÖ. Landesregierung, 1925 April 2 (Betr. Zl. IIIa — 977/10, Kongrua für die Pfarrgeistlichkeit). NL Fuchs.

nur eine Gemeinschaft von Ordensleuten, sondern zugleich einen mächtigen Wirtschaftsbetrieb, und ihre Sorgen unterschieden sich in diesem Bereich kaum von denen weltlicher Unternehmer. Besonders der Verlust des Kapitalvermögens, das aus Rentenansprüchen und Kriegsanleihen³⁵ bestand, verschärfte ihre Lage und zwang sie — ähnlich wie Mitte des 19. Jahrhunderts — zu einer Neuorientierung ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen.

Die Äbte trugen in dieser Umbruchszeit eine besonders große Verantwortung; mangelndes wirtschaftliches Geschick und Fehlbesetzungen der Stiftsämter konnten nämlich den Bestand der Ordensniederlassung gefährden. Das Stift Göttweig war nun ebenfalls wie alle anderen österreichischen Klöster von den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges erfaßt worden, doch seine besondere Situation ergab sich daraus, daß es von einem alten autokratischen Abt geleitet wurde, der dieser veränderten Situation nicht mehr gewachsen war. Die Eintragungen im *Diarium Gottwicense Novum* im Spätherbst des Jahres 1918 verhehlen nicht die Unsicherheit und Angst, die sich im Stift ausbreitete.³⁶ Der Auflösungsprozeß der Monarchie war nämlich auch im Kremser Raum deutlich geworden. Anfang November war eine ungefähr 1.000 Mann umfassende Truppe aus Mautern abgezogen, auch die in Göttweig selbst stationierte Flugwache sowie die Bewacher eines Munitionslagers neben dem Meierhof (Gasbomben, Zünder) verschwanden unter Zurücklassung ihrer Waffen. Die Mönche fürchteten um den Bestand des Stiftes, als sie Gerüchte erreichten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Krems es besetzen wollte. Es wurde ihnen nämlich vorgeworfen, daß sie eine Garde von 400 Mann sammelten, um die junge Republik zu stürzen. Außerdem hätten sie große Lebensmittelvorräte und unermeßliche Schätze im Stift verborgen. Tatsächlich hatten in diesen unruhigen Tagen viele heimkehrende Soldaten im Stift vorgesprochen und sich als Schutz gegen räuberische Überfälle angeboten. Sie waren aber immer abgewiesen worden. Der alte Abt Dungal lud auf diese Verdächtigungen hin Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates nach Göttweig ein, damit sie sich an Ort und Stelle von der Unwahrheit der herumschwirrenden Behauptungen überzeugen konnten. Die am 26. November 1918 im Stift erschienenen, sich *recht anständig* verhaltenden drei Arbeiter- und drei Soldatenvertreter konstatierten dessen *Ungefährlichkeit* und verlangten *Neutralität gegenüber der Republik* und die Lieferung von Lebensmitteln.³⁷

Aber auch die Stimmung eines Teiles der Bevölkerung war feindselig ge-

35) In welcher Höhe Stift Göttweig Kriegsanleihen gezeichnet hat, ist infolge fehlender Unterlagen nicht feststellbar. Doch eine eigenhändige Aufstellung des Abtes Dungal über sein Privatvermögen (das kirchenrechtlich Stiftsvermögen war) zeigt, daß er beinahe zur Gänze verfügbares Geld in Kriegsanleihen (insges. 579.700 K) angelegt hat. Stand meines Vermögens am 30. Juni 1920, dat. 1921 Jän. K-F/6 (Finanz- u. Steuersachen); Beleg vom 2. Okt. 1920. Ebd. — Auch das Kelleramt des Stiftes hatte für 106.000 K Kriegsanleihen gezeichnet. Stand der gekauften Papiere 1896—1918. K-F/6-1918.

36) Zum Folgenden siehe DiGoN S. 134—139.

37) DiGoN S. 138 f. (1918 Nov. 26).

worden. Das äußerte sich nicht nur in der großen Zahl von Anzeigen, die beim Arbeiter- und Soldatenrat einlangten, sondern auch in der Ablehnung der im Herbst üblichen Holz- und Streulizitation. Die Leute erklärten, daß sie sich damit auch ohne Zustimmung des Stiftes versorgen würden.³⁸ Manche hofften aufgrund kommunistischer Parolen auf eine Aufhebung des Stiftes. Die Ursachen für diese Haltung suchten die durch Bildung und Besitz selbstbewußt gewordenen Benediktinermönche nicht nur bei den ihnen in Ablehnung Gegenüberstehenden, sondern auch bei sich selbst. Sie führten sie wohl auch auf die *vielfach bolschewikische Verfassung der Heimkehrer* und die *Gier* nach dem Grundbesitz des Stiftes, den man gerne aufteilen wollte, zurück, aber auch darauf, daß das Stift den Menschen, die wirtschaftlich stark von ihm abhängig waren, nicht genügend entgegengekommen war und ökonomische Überlegungen vor menschliche gestellt hatte.³⁹ Damals wurde ein erster Anstoß zu einem neuen sozialen und politischen Verständnis bei den Mitgliedern der Ordensniederlassung gegeben, das sich freilich in den Denkkategorien der Zeit bewegte.

Die Erste Republik Österreich konnte die Rechtsunsicherheit der ersten Monate nach Kriegsende bald beenden; von einer Aufhebung des Stiftes war keine Rede mehr. Man dachte jetzt an Aufschwung und Fortschritt. Was lange hinausgeschoben worden war, wurde jetzt in Angriff genommen. Der Prior Dr. Strohsacker dürfte dabei die treibende Kraft gewesen sein. Noch 1919 wurde ein schweres Lastauto (7 t) angekauft,⁴⁰ 1920 das Telefon eingeleitet.⁴¹ Im selben Jahr hatte man auch von der Petroleumlampe genug und wünschte den Anschluß an das elektrische Stromnetz. Das Land Niederösterreich verlangte allerdings einen Beitrag von 200.000 K für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes an der Traisen. Für die viele Monate andauernden Installationsarbeiten waren mehr als eine halbe Million Kronen notwendig. Das elektrische Licht, im Jänner 1921 erwartet, sollte freilich erst im August 1922 Stift und Kirche erleuchten.⁴²

Wirtschaftliche Fehlentscheidungen

Gerade jetzt aber machte Abt Dungal einen Fehler, der das Stift einer wirtschaftlichen Katastrophe zutreiben ließ. Der mit 1. Jänner 1917 abgeschlossene Holzabstockungs- und Sägewerkspacht-Vertrag mit der Österreichischen Wald- und Holz-Industrie AG. Wien wurde im Jahre 1919 vorzeitig verlängert und in ihm ungeschickterweise die Holzlieferpreise verbindlich in Kronen festgesetzt.⁴³ Was für den Augenblick einigermaßen günstig war und

38) DiGoN S. 140 (1918 Nov. 30).

39) DiGoN S. 139 (1918 Nov. 27).

40) DiGoN S. 143 (1919 Okt. 30).

41) DiGoN S. 143 f. (1920 März 25).

42) DiGoN S. 144 f., 147, 149, 156.

43) Holzabstockungs- und Kaufvertrag bzw. Sägewerks-Pacht-Vertrag zwischen der Österreichischen Wald u. Holz-Industrie — Aktiengesellschaft, Wien I., Weihburggasse Nr. 9 und Stift Göttweig, 1917 Jän. 6. K-F/6-1917; Nachtragsübereinkommen, 1919 April 30. DiGoN S. 151.

eine sichere Grundlage für den Geldbedarf des Klosters bedeutet hätte, erwies sich bald, als Teuerung und Inflation einsetzten, als Bleigewicht, das die Abtei in den Untergang zu zerren begann. Denn im Jahre 1922 mußte sie den Festmeter Nutzholz noch immer um 960 Papierkronen liefern, während sie beim freien Verkauf 200.000 bis 250.000 K dafür erzielt hätte.

Von den Mitbrüdern wurde auch die Verpachtung des Gutes Unternalb an die Niederösterreichische Landesregierung im Jahre 1920 als Fehlentscheidung hingestellt und dafür besonders Prior Dr. Strohsacker verantwortlich gemacht, weil er im Auftrage des Abtes die Verhandlungen geführt hatte. Dieses Gut hatte jedoch seit Jahren keine Erträgnisse abgeworfen. Nunmehr floß wenigstens eine freilich durch die Inflation bald entwertete Pachtsumme ins Stift und es war außerdem die Gewähr gegeben, daß Gebäude, Keller und Grundstücke in gutem Zustand gehalten würden, weil das Land dort eine Musterschule führte. Das Kapitel hatte diesen Vertrag zudem einstimmig gebilligt.⁴⁴

Geld wurde gerade jetzt im Stift knapp, als größere Beträge benötigt wurden. Es hatte sich nämlich eine besonders schwere finanzielle Bürde durch den Kauf einer neuen Orgel aufgelastet.⁴⁵ Diese war bereits 1914 bei der Firma Rieger in Jägerndorf (seit 1918 in der Tschechoslowakei) bestellt worden; dort befand sich das Gehäuse, das Werk war längst fertig. Die Firma erklärte sich bereit, zum nachweislichen Selbstkostenpreis zu liefern, weil sie der schwierigen Situation Rechnung tragen wollte. Doch waren zu der Anzahlung von 10.000 K im Jahre 1914 jetzt noch ungefähr eine Million Kronen notwendig. Auch war die Orgel nun zollpflichtig. Nur ein Teil der Kosten konnte jedoch vom Kammeramt des Stiftes aufgebracht werden; den Rest hoffte man durch den Verkauf alter medizinischer Bücher hereinzubringen. Die Aufstellung der Orgel erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1922. Die Bezahlung konnte nur mehr durch großzügige Dollarstipendien abgesichert werden, die der damalige Prior Dr. Strohsacker von amerikanischen Klöstern erbeten hatte.

Schließlich mußte vom Stift noch eine einmalige Vermögensabgabe aufgebracht werden, deren Zahlung zunächst hinausgezögert werden mußte, weil einfach die Geldmittel fehlten, schließlich aber doch — unter Hingabe aller verfügbaren Obligationen und Kapitalien — geleistet wurde.⁴⁶

Inzwischen hatte die galoppierende Teuerung die Lage im Stift wie in den auswärtigen Pfarren arg verschlechtert. Knappe Weinernten infolge der geringen Pflege der Weingärten während der Kriegsjahre sowie der vorschnelle

44) Mück, Catalogus S. 405 f.

45) DiGoN S. 149—151.

46) Ihre Höhe ist nicht eindeutig feststellbar, weil infolge der inflationären Entwicklung die Summe allem Anschein nach einigemal neu festgesetzt wurde. Findet sich bei Dungal noch ein Hinweis auf die *einmalige große Vermögensabgabe* von 24574.29 K (Empfangsbestätigung, 1921 Feb. 3, K-F/6 Finanz- u. Steuersachen), spricht Fuchs von 6,595054 K im Jahre 1922. Fuchs an NÖ. Landesregierung, 1925 April 2. NL Fuchs.

Verkauf des Weinlagers in den Jahren 1918/1919⁴⁷ hielten die Einnahmen des Kelleramtes des Stiftes gering, und das Holz mußte – wie bereits erwähnt – wegen des ungünstigen Vertrages beinahe verschenkt werden. Die in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts begonnene Auflassung der Landwirtschaft auf den Göttweiger Pfarren ließ nunmehr die dort tätigen Patres von einem knappen Gehalt abhängig werden, dessen notwendige Aufbesserung immer weit hinter der Teuerung herhinkte.⁴⁸

Abt Dungal reagierte auf diese mißliche Entwicklung mit dem Verkauf von Stiftsgut. So überlegte er, Dürer-Graphiken, vor allem aus der Großen Passion, an ein Mitglied der Amerikanischen Botschaft in Wien zu verkaufen.⁴⁹ Als er dabei auch für sich persönlich Beträge zu verwenden gedachte, wurde er zur Resignation veranlaßt.

Bemühungen zur Sanierung

Sein ihm nunmehr zur Seite gestellter Abt-Koadjutor Dr. Fuchs suchte beherzt und mit bäuerlicher Schläue die anstehenden wirtschaftlichen Probleme nicht kurzfristig zu überbrücken, sondern dauerhaften Lösungen zuzuführen. Durch eine kluge Ausnützung rechtlicher Möglichkeiten gelang es ihm zunächst, den ruinösen Holzabstockungs- und Sägewerkspacht-Vertrag doch einigermaßen erträglich umzugestalten.⁵⁰ Das Nachtrags-Übereinkommen war nämlich weder dem Kapitel zur Zustimmung vorgelegt worden, noch hatte es, wie es Vorschrift war,⁵¹ die niederösterreichische Landesregierung genehmigt. Der Abt-Koadjutor erreichte daher die Rechtsunwirksamkeit des Vertrages, eine Klage der Österreichischen Wald- und Holzindustrie AG. beim Einigungsamt wurde abgewiesen. Um aber einen langwierigen Prozeß zu vermeiden, erklärte sich das Stift bereit, mit der Aktiengesellschaft ein neues Abkommen zu schließen. Nach harten Verhandlungen begnügte sich das Stift zwar weiterhin mit einem etwas niedrigeren Holzpreis, doch konnte die Aktiengesellschaft zu einer Gegenleistung verpflichtet werden. Sie übernahm die Hälfte der Kosten bei notwendigen Waldwegreparaturen; die

47) Am 1. Juli 1918 waren noch 224 712 l Wein vorhanden. Protokoll über Kellerstand bei Übergabe an P. Engelbert, 1918 Juli 1. K-F/6-1918; aus *Furcht vor dem Bolschewismus* fand dann sein rascher Abverkauf statt. Fuchs an NÖ. Landesregierung, 1925 April 2. NL Fuchs.

48) DiGoN S. 146. Das Stift zahlte an seine Pfarrer *wahre Hungergehälter* aus. Fuchs an NÖ. Landesregierung, 1925 April 2. NL Fuchs.

49) Folgende Blätter werden erwähnt: Christus am Ölberg 1508, P. Pilatus wäscht die Hände 1512, P. Pilatus übergibt Christus den Juden; Große Passion 1512, Nr. 1, 4 und 5. Dungal an C. Allan L. Briggs, American Mission, Wien (Konzept). K-F/6 (Finanz- u. Steuersachen).

50) Siehe dazu den umfangreichen Schriftverkehr, den Abt Dr. Fuchs mit dem bischöflichen Ordinariat, der NÖ. Landesregierung und der Österr. Wald u. Holz-Industrie AG führte; er ließ sich vor Abschluß des neuen Vertrages von Heinrich Schafranek (Wien V, Wiedner Hauptstr. 130) beraten. Schriftverkehr zwischen 1922 Okt. 7 und 1923 März 6. NL Fuchs.

51) Ministerial-Verordnung vom 20. Juni 1860. Reichsgesetzblatt 1860, Nr. 162.

schlechten, fast unbefahrbaren Wege in den Revieren Meidling und Klein-Wien konnten jetzt endlich saniert werden. Die Säge wurde der Aktiengesellschaft unentgeltlich zur Benützung überlassen, doch gingen deren kostspielige Adaptierungen mit 1. Juli 1923 in den Besitz des Stiftes über.⁵² Auch die anderen, früher die Erfordernisse des Stiftes abdeckenden Einnahmequellen sollten jetzt wieder stärker erschlossen werden. Mit der Bundesbahndirektion Wien-West wurden sogleich Verhandlungen wegen des Steinbruchs Meidling aufgenommen; man wollte den von ihr bisher bezahlten Bruchzins auf das Dreitausendfache — wie es infolge der Inflation angemessen war — erhöhen. Das erstrebte Ergebnis wurde freilich nicht erreicht und schließlich jede Vertragsverlängerung abgelehnt.⁵³

Für das Gut Unternalb hingegen konnte sogleich eine höhere Pachtsumme vereinbart werden.⁵⁴ Außerdem ging man daran, die seit 1915 geschlossene Weinschenke im Göttweilerhof in Wien wieder zu eröffnen;⁵⁵ allerdings wollte man sich dabei eines Pächters bedienen. Die Angebote dafür waren gut, doch ergaben sich überraschend Schwierigkeiten, als man feststellte, daß der Gewerbeschein infolge Schlamperei verlorengegangen war und auch ein Antiquitätenhändler, der sich im Keller eingenistet hatte, die Räumung hinauszögerte.

Schließlich war man gewillt, um rasch zu Geld zu kommen, Baulichkeiten abzustoßen, die nicht gebraucht wurden und die nur mehr hohe Erhaltungskosten verursachten. So wurde der sogenannte Pfarrhofstadel in Retz an Private und der dortige Schüttkasten an die Pfarre verkauft.⁵⁶ Auch der ziemlich verfallene Prandhof bei Mühlendorf, der von Abt Dungal 1919 bereits um 80.000 K ohne Zustimmung der Niederösterreichischen Landesregierung veräußert werden sollte, wurde nun endgültig um 44 Millionen Kronen verkauft.⁵⁷ Den Hellerhof hingegen wollte man nicht abgeben.⁵⁸ Außerdem entschloß sich das Kapitel, den Exerzierplatz in Krems-Weinzierl, auf dem seit

52) Der Verkauf des Sägewerkes in Klein-Wien um 50,000.000,— K an die Wald u. Holz-Industrie-AG wurde von Abt Dr. Fuchs abgelehnt (wie Anm. 50, bes. Fuchs an bischöfl. Ordinariat, 1923 März 6).

53) PrKapV Nr. 2 (1922 Juni 18), S. 37; Nr. 23 (1924 Mai 17), S. 77; Nr. 29 (1924 Okt. 26), S. 86; Nr. 32 (1925 Feb. 8), S. 89 f.

54) Nachtrags-Vereinbarung zwischen Stift Göttweig und NÖ. Landesregierung, 1922 Nov. 28. NS Fuchs. Siehe auch PrKapV Nr. 2 (1922 Juni 18), S. 38; Nr. 44 (1926 April 20), S. 112 f.; Nr. 45 (1926 April 29), S. 113 f.; Nr. 67 (1929 Juni 12), S. 145.

55) PrKapV Nr. 2 (1922 Juni 18), S. 37; Nr. 6 (1922 Sept. 15), S. 46; Nr. 8 (1922 Okt. 8), S. 49; Nr. 11 (1922 Nov. 19), S. 53 f.

56) DiGoN S. 154 f.

57) Gutachten über Bauzustand des Prandhofes durch P. Heinrich Florian Siegl vermutlich 1919) und Ing. H. Betzwar (vermutlich 1922), NL Fuchs. Landesregierung für Niederösterreich-Land an Stift Göttweig, 1921 Nov. 18. K-F/6-1921. PrKapV Nr. 3 (1922 Juni 29), S. 42 f.; Nr. 11 (1922 Nov. 19), S. 53; Nr. 15 (1923 Aug. 2), S. 61.

58) PrKapV Nr. 9 (1922 Okt. 25), S. 50.

1919 vom Stift bewilligte Schrebergärten angelegt waren und den man zunächst gerne gegen einen Lehenanteil in Weinzierl eingetauscht hätte, an die Stadt Krems um 350 Millionen Kronen zu verkaufen.⁵⁹ Auf diese Weise brachte das Stift schließlich das Geld für die vorgeschriebene Zwangsanleihe von 320 Millionen Kronen auf.⁶⁰ Mit den Normaleinnahmen konnten nämlich nur die notwendigsten Auslagen des Stiftes gedeckt werden.

Inzwischen war auch die Angst vor einer Bodenreform zurückgetreten; diese war von den marxistischen Parteien gefordert worden, die eine Enteignung des Großgrundbesitzes anstrebten. Das Kloster nahm sich daher wieder des vernachlässigten landwirtschaftlichen Grundbesitzes stärker an, wagte zu investieren und jahrzehntelang hinausgeschobene Projekte in Angriff zu nehmen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Erträge versprachen.⁶¹ Bis 1925 konnten 19 Viertel Weingärten voll gedüngt und in ihrem Bestand gesichert werden. Für die Felder wurden drei Waggons Kunstdünger angekauft; die Stückzahl des Viehs wurde angehoben. Hohe Kosten — bis 1925 288 Millionen Kronen — verursachte die Aufforstung von 290 ½ Joch Kahlfläche und Ausbesserungsarbeiten in 46 ½ Joch Wald. Die Erfolge dieser Maßnahmen konnten sich freilich nicht sogleich einstellen.

Die Situation der Pfarren und ihrer Seelsorger

Abt Dr. Fuchs, der selbst über zwei Jahrzehnte in der Seelsorge auf Göttweiger Pfarren tätig gewesen war, vergaß auch nicht die Anliegen und die schwierige Lage der dort tätigen Mitbrüder. Schon im Herbst 1922 hatte er deshalb um die Kongrua, einen Zuschuß aus dem Religionsfonds, für die 31 Göttweiger Pfarren angesucht und 1923 deren Fassionen bei der Niederösterreichischen Landesregierung eingereicht, um die Dringlichkeit einer Hilfe zu beweisen.⁶² Er wurde deshalb von einigen Ordensmitgliedern angefeindet,⁶³ weil diese um ihre Unabhängigkeit fürchteten. Sechsmal sprach der Abt in dieser Angelegenheit bei der Niederösterreichischen Landesregierung persönlich vor. Erst im Jahre 1925 wurde sie für 19 Pfarren bewilligt. Dieser Zuschuß deckte zwar nur die Hälfte der Erfordernisse der Pfarren und machte

59) Das Areal umfaßte 36 ha 24 a 34 m²; der Lehenanteil vom Haus Weinzierl Nr. 59 wurde vergebens angestrebt. PrKapV Nr. 7 (1922 Sept. 19), S. 47; Nr. 10 (1922 Okt. 31), S. 52; Nr. 11 (1922 Nov. 19), S. 53.

60) PrKapV Nr. 8 (1922 Okt. 8), S. 49; Nr. 10 (1922 Okt. 31), hier ist noch von 400 Mio K die Rede; Nr. 38 (1925 Aug. 7), S. 101.

61) Siehe dazu den Rechenschaftsbericht des Abtes Dr. Fuchs. PrKapV Nr. 38 (1925 Aug. 7), S. 101 f.

62) Der Akt wog 7 kg. DiGoN S. 160 (1923 Juli 2). Siehe vor allem PrKapV Nr. 21 (1924 April 6), S. 75; Nr. 33 (1925 März 8), S. 93; Fuchs an NÖ. Landesregierung, 1925 April 2 (mit Beilage über die Ertragnisse der einzelnen Pfarren). NL Fuchs. Die Kongrua wurde mit 22. Juli 1925 bewilligt.

63) Sie äußerten, der Abt begehe eine *fluchwürdige Tat* und arbeite auf die Aufhebung der Klöster hin. PrKapV Nr. 38 (1925 Aug. 7), S. 102. Siehe auch P. Viktorin (Mauer) an Fuchs, 1923 April 11; Fuchs an P. Viktorin, 1923 April 14. NL Fuchs.

nur einen Bruchteil des jährlichen Stiftsbudgets aus, doch sollte er nicht unterschätzt werden. Er lief zur Gänze durch die Hände des Abtes, weil die Kongrua in erster Linie zur Unterstützung des Stiftes gedacht war, und wurde von ihm dann an die Seelsorger dieser Pfarren überwiesen.

Dort, wo die Pfarrer noch selbst eine Wirtschaft betrieben, griff das Stift unterstützend ein. So wurde für alle Pfarr- und Kirchenwälder ein Wirtschaftsplan festgesetzt, um einen gleichmäßigen Ertrag zu erzielen.

Die Baulast war für die Göttweiger Pfarren besonders schwer zu tragen; Kirchen und Pfarrhöfe sollten längst renoviert werden. Dafür konnte das Stift aber nur beschränkt Zuschüsse geben. 1926 wollte man mit den Reparaturen an Dächern beginnen, andere Forderungen sollten *geduldig in den Hintergrund* gestellt werden.⁶⁴ Aber auch dafür fehlten ausreichende Mittel.

Verkauf von Kunstschätzen

Um nun nach der Währungsreform, die einen stabilen Schilling gebracht hatte, wieder Geld zur Verfügung zu haben und den desolaten Bauzustand vieler stiftlicher Pfarrhöfe beheben zu können, wurde bereits am 3. Mai 1925 im Kapitel der Verkauf von Kunstschätzen erörtert.⁶⁵ Dieses sprach sich zwar grundsätzlich dagegen aus, nur wenn das eine oder andere Stück gut zu verkaufen wäre, dann sollte man es abgeben, damit man mit dem erhaltenen Geld stiftliche Baulichkeiten vor dem Verfall retten könne. Auch sollte — ein besonderes Anliegen — das Stiftsgeläute wiederhergestellt werden.⁶⁶ Einen Monat später beschäftigten sich die Kapitularen bereits konkret mit dem Verkauf von zwei knieenden Engeln (S 10.000,—), des „Theuerdank“ (Pergament, S 25.000,—), eines Psalteriums (10. Jh., S 15.000,—), der Eucharistischen Taube und von vier Holztafeldrucken (sfr 50.000,—). Die Regierung, die dazu die Bewilligung geben mußte, hatte nur gestattet, die steinernen Engel, den „Theuerdank“ und die Holztafeldrucke zu veräußern, bei letzteren die Nr. 1 und 2 als Unikate an die Nationalbibliothek. In der Diskussion und bei der Abstimmung zeigte sich, daß alle Kapitularen von der Notwendigkeit des Verkaufs von Kunstgegenständen überzeugt waren. Sie beschlossen, die Engelsfiguren und jene Bücher abzugeben, für die eine Bewilligung der Regierung vorliege. Im Einzelfall brauchte der Abt das Kapitel dazu nicht mehr zu befragen.⁶⁷

Ogleich sich der Abt und die Stiftsmitglieder ausdrücklich gegen einen *Ausverkauf im Großen*⁶⁸ aussprachen, blieb ihnen in Abständen oft keine

64) PrKapV Nr. 38 (1925 Aug. 7), S. 103.

65) Den Anstoß dazu gab ein Amerikaner (Josef Satinover), der im Kloster vorschlug und Kunstschätze kaufen wollte. Siehe PrKapV Nr. 35 (1925 Mai 3), S. 97 f.

66) Am 5. Jänner 1926 wurde die Wiederherstellung des Stiftsgeläutes beschlossen (Salve Regina-Stimmung); die Fa. J. Pfundner, Wien, wurde mit dem Guß beauftragt. DiGoN S. 164 f.; PrKapV Nr. 43 (1926 März 16).

67) PrKapV Nr. 37 (1925 Juni 22), S. 100.

68) Wie Anm. 67.

andere Wahl, als Kunstgegenstände aus ihrem Besitz zu geben, um eine finanzielle Notlage zu überbrücken. So trat Abt Dr. Fuchs 1927 wieder an das Kapitel mit dem Ersuchen heran, die Veräußerung einzelner Inkunabeln und Handschriften zu bewilligen.⁶⁹ 1928 mußte die Kaufsumme für ein neues Lastauto (ca. S 30.000,—) gleichfalls durch die Abgabe eines wertvollen Buches aus dem Bibliotheksbestand aufgebracht werden.⁷⁰

Göttweig handelte damit keineswegs abweichend von anderen Klöstern, die ebenfalls wertvollen Kunstbesitz veräußern mußten, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden. Wichtige Ordensschriften sollten auf diese Weise aber nicht verlorengehen. Göttweig tauschte sogar eine von Lambach veräußerte Handschrift aus dem 12. Jahrhundert, welche die „Consuetudines monastici Fructuariensis“ enthielt, gegen eine Inkunabel, den „Marco Polo“-Ritterroman, der entbehrlich schien, ein und brachte auf gleiche Weise die philosophischen Schriften des Othlo von St. Emmeran (11./12. Jh.), Rupert von Deutz (11./12. Jh.) und Johannes de Villa (12. Jh.) in seinen Besitz.⁷¹ Im Jahre 1929 erwarb das Stift für die Hingabe von zwei Inkunabeln, die doppelt vorhanden waren, die große Gesamtausgabe der Kirchenväter (1844–1866) von J. P. Migne, insgesamt 387 Bände.⁷² Man war darauf recht stolz, weil dieses Standardwerk in einer guten Bibliothek nicht fehlen durfte.

Die wirtschaftlichen Probleme standen in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts für das Stift weiterhin im Vordergrund, waren sie doch nicht einfach zu bewältigen. Der rastlos tätige Abt setzte sich in einer Kapitalsitzung daher sehr energisch gegen den Vorwurf zur Wehr, daß er *von lauter unfähigen Leuten* umgeben sei.⁷³ Daß dem wirklich nicht so war, kann nicht nur aus der Leistungsbilanz dieser Offizialen abgelesen, sondern auch daran erkannt werden, daß sie ihr Amt auch unter dem nachfolgenden Abt bekleideten. Sie zeigten ohne Zweifel großes Geschick, trotz der allgemein schwierigen Lage der Wirtschaft die traditionellen Einnahmsquellen des Stiftes zu sichern und — soweit es möglich war — sogar zu erweitern.

Bezüglich des Sägewerks- und Holzaufstockungs-Vertrages gab es zwar nochmals einige Aufregung, als die Österreichische Wald- und Holzindustrie-AG. Liquiditätsschwierigkeiten hatte;⁷⁴ 1927 lief dieser Vertrag endgültig aus. Das Stift konnte nunmehr das Holz zu Tagespreisen verkaufen; die Säge wurde für fünf Jahre verpachtet.⁷⁵

Auch die Pacht des Steinbruches in Meidling durch die Direktion der

69) Genannt wurden beispielhaft Cicero, Turrecremata u. a. PrKapV Nr. 51 (1927 Feb. 13), S. 123 f.

70) PrKapV Nr. 57 (1928 Jän. 23), S. 131.

71) PrKapV Nr. 70 (1929 Aug. 12), S. 154 f.; DiGoN S. 188 f. (Händler A. Weinmüller aus München).

72) DiGoN S. 189.

73) PrKapV Nr. 38 (1925 Aug. 7), S. 104.

74) PrKapV Nr. 33 (1925 März 8), S. 92.

75) DiGoN S. 170.

Staatseisenbahn war nach dreißigjähriger Dauer im Jahre 1926 erloschen und das Kapitel nicht gewillt, den Vertrag zu verlängern. Denn das Stift fühlte sich durch die sozialdemokratischen Organisationen, welche die Steinbrucharbeiter an sich gezogen hatten, in der Seelsorge beeinträchtigt.⁷⁶ Göttweig ging daher mit einer Privatfirma ein Abkommen ein, das viel versprach, aber wenig hielt. Der Betrieb wurde nämlich erst gar nicht eröffnet, der Pacht-schilling nicht bezahlt.⁷⁷ Daraufhin wurde 1928 ein Vertrag mit dem Groß-fuhrwerksbesitzer Michael Wanko für zehn Jahre geschlossen, dem erlaubt wurde, den Berg auch von Hörfarth her anzubohren.⁷⁸

An Grundbesitz etwas abzugeben, war man meist nicht mehr bereit. Man verkaufte nur, wo man entgegenkommen wollte oder einen Vorteil im Auge hatte, und suchte eher durch Tausch und Zukauf Veränderungen im Bodenbesitz hintanzuhalten. Nur selbst nicht genützte Gebäude war man zu veräußern bereit; doch boten sich dazu wenig Gelegenheiten.⁷⁹ Es wurden damals auch viele Pläne erwogen, die von außen herangetragen wurden und eine rasche Besserung der Wirtschaftslage versprachen.⁸⁰ Sie fanden aber durchwegs nicht die Zustimmung des Kapitels, das Abhängigkeiten scheute und für die Geschicke des Stiftes ohne Einschränkung verantwortlich sein wollte.

Umstellung auf Forstwirtschaft

Auch Abt Dr. Strohsacker, der einstige angesehene und erfolgreiche Dogmatikprofessor, mußte sich viel mit wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen. Unter ihm wurde sogar eine entscheidende Veränderung in der Besitzstruktur des Stiftes vorgenommen. Ursache dafür war seine Befürchtung, daß sich der seit 1918 von Zeit zu Zeit von linken Parteien erhobenen Forderung nach einer Bodenreform auf Dauer auch nicht die Christlichsoziale Partei verschließen werde können. Es würde zwar dann statt der Enteignung eine Ablösung der verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke des Großgrundbesitzes und der Kirche geben, doch der dafür erhaltene Preis werde mäßig sein und möglicherweise in gering verzinsten Wertpapieren ausgeschüttet werden. Daher hielt er es für zielführend, um einer solchen Gefahr vorzubeugen, derartigen stiftlichen Grundbesitz jetzt an die Pächter zu veräußern und dafür geeigneten Waldbesitz, von dem bei der geplanten Bodenreform nie die Rede war, einzukaufen. Auf diese Weise würde der Besitz des Stiftes an Grund und Boden nicht vermindert werden; die Umstellung auf Forstwirt-

76) PrKapV Nr. 23 (1924 Mai 17), S. 77; Nr. 32 (1925 Feb. 8), S. 89 f.; Nr. 50 (1926 Nov. 21), S. 122.

77) PrKapV Nr. 50 (1926 Nov. 21), S. 122.

78) PrKapV Nr. 58 (1928 Feb. 19), S. 133; Nr. 68 (1929 Juli 28), S. 147; DiGoN S. 178 (Pachtsumme für 35 000 m³ betrug S. 7000,—).

79) Siehe Kaufverträge. NL Fuchs.

80) Z. B. Plan zur Gründung einer Verkaufsgesellschaft in der Schweiz (NÖ. Großwaldbesitzer AG.). Siehe PrKapV Nr. 33 (1925 März 8), S. 93 f.; Nr. 34 (1925 März 22), S. 95 f.

schaft brächte zudem Sicherheit und ein regelmäßiges Einkommen.⁸¹ Dieser Plan konnte bereits 1931 einer Verwirklichung zugeführt werden, als nämlich im Frühjahr 1931 die bisherigen Pächter das 370 Joch umfassende Gut Ragelsdorf erwerben wollten und gleichzeitig das an Göttsch Besitz angrenzende, großteils aus Waldbesitz bestehende Gut Ottenschlag zum Kauf angeboten wurde.⁸² Dieses war ehemals Eigentum des Grafen Falkenhayn gewesen und dem Stift schon um 1900 vergebens angeboten worden.⁸³ Da die jetzige Besitzerin sich zum Verkauf gezwungen sah, konnte in schwierigen Verhandlungen die ursprüngliche Forderung von 5 900.000,— auf 5 750.000,— gedrückt werden. Der Vertrag wurde am 8. August 1931 unterschrieben. Das neu erworbene Gut bestand aus dem Schloß Ottenschlag und 925 ha Grund, davon 790 ha Wald und vier Teiche. Der Abt und seine Berater nahmen zunächst an, daß sie durch den Verkauf des Gutes Ragelsdorf, der verpachteten Gründe bei Retz, Mühlendorf, Kottes und um Göttsch sowie der verpachteten Wiesen und Äcker des Gutes Ottenschlag die Kaufsumme aufbringen könnten. Doch die Pächter vermochten nicht die vom Stift angestrebten Beträge zu bezahlen; das Verkaufsergebnis hinkte daher weit hinter den Erwartungen nach.⁸⁴ Daher blieb eine Restschuld von 136.000 sfr, die erst 1935 in Schillingbeträgen (S 125.000,—) abgezahlt werden konnte.

Unternalb

Wenig glücklich war das Stift im Jahr 1934 über das Ansinnen der Niederösterreichischen Landesregierung, vorzeitig aus der Pachtung von Unternalb entlassen zu werden. Der Pachtvertrag war zwar für Göttsch vorteilhaft, für das Land aber zu einer großen Belastung geworden. Niederösterreich war zum Sparen genötigt und konnte in Unternalb weder investieren noch viel Personal beschäftigen, weil der Schülerstand der dort eingerichteten Landwirtschaftsschule lächerlich gering war. Das Stift kam nun schon aus Klugheit dem Land entgegen, erreichte eine günstige Inventarablöse und übernahm mit 1. Jänner 1935 das Gut in Eigenbewirtschaftung.⁸⁵ Es hoffte, durch Zuckerrübenanbau und die Anlage von Weingärten den Gutsbetrieb rentabel führen zu können. Doch weil das übernommene Vieh verseucht war — 33 Kühe mußten neu angekauft werden — und auch die Schweinezucht darnieder-

81) DiGoN S. 201 f. (1931 Aug. 8, Motivenbericht).

82) PrKapV Nr. 9 (1931 Juli 3), S. 177; Nr. 10 (1931 Aug. 13), S. 178 f.; DiGoN S. 201—203, 206 f., 211 f., 229, 233. Das Amt des Forstmeisters bekleidete damals P. Emmerich (Franz) Hofbauer (1892—1967), dessen Urteil und Rat Gewicht hatte.

83) Damals wurde dafür 600 000,— Gulden verlangt. DiGoN S. 202.

84) Gut Ragelsdorf war 1859 um 124 460 fl. gekauft worden (valorisiert also um etwa 400 000,— S); die Pächter konnten trotz Unterstützung durch die Landwirtschaftskammer, welche die Verkaufsverhandlungen übernahm und Zuschüsse gewährte, nur 210 000,— S aufbringen. DiGoN S. 206; PrKapV Nr. 10 (1931 Aug. 13), S. 178 f.

85) PrKapV Nr. 32 (1934 Aug. 10), S. 201 f.; DiGoN S. 222 f., (1934 Juni 20), S. 226 (1934 Okt. 25; die Ablöse betrug 40 000,— S, zahlbar in acht Jahresraten).

lag, stellten sich statt der erwarteten Erträge Verluste ein.⁸⁶ Im Jahre 1937 überlegte man deswegen über Vorschlag P. Ludwig Kollers, ob nicht die Landwirtschaft verpachtet und nur die Weingärten behalten werden sollten, doch ließ man es schließlich beim alten Zustand.⁸⁷ Daß Unternalb zurückgenommen werden mußte und wieder in die freie Verfügung Göttweigs kam, erwies sich bald als Vorteil. Als die Benediktinermönche 1939 ihre Abtei verlassen mußten, fand der Restkonvent hier eine Bleibe, gleichsam ein Ersatzkloster.

Wachsendes Defizit

Neben diesen beiden für die Zukunft wichtigen wirtschaftlichen Vorgängen gab es eine Fülle von Ereignissen, welche die von vornherein angespannte finanzielle Lage des Stiftes in den schwierigen dreißiger Jahren weiter verschlimmerten. Vor allem wirkte sich der fallende Holzpreis aus, die Umstellung des Exports von Deutschland auf Ungarn und dessen laxen Zahlungsmoral.⁸⁸ Die Außenstände des Stiftes waren zeitweise sehr hoch. Die Verpachtung der Weinschank in Wien brachte damals auch nichts ein, weil der Pächter sich stark verschuldet hatte und unter Geschäftsaufsicht genommen werden mußte (1936).⁸⁹ Die Überproduktion des Weins infolge zahlreicher Neusetzungen, verschärft durch den spürbaren Rückgang des Konsums, machte das Weingeschäft zudem wenig gewinnbringend (besonders im Jahre 1937).⁹⁰ Es wurde daher immer schwieriger, ein ausgeglichenes Budget zustandezubringen. Die Steuerschulden schwollen an.⁹¹ Obgleich nunmehr das Gesamtausmaß des Grundbesitzes 5.518 ha betrug (davon Landwirtschaft 581 ha, Forstwirtschaft 4.848 ha, Bauareal 11 ha, Teiche und Bäche 33 ha und unproduktive Fläche 42 ha),⁹² warf er 1934 nur wenig ab. Die Meiereien arbeiteten durchwegs mit Verlust. Vorwiegend die Forst- und Weinwirtschaft erbrachte noch Gewinne. Diese deckten jedoch nur zur Hälfte das Defizit ab. Anfang 1935 betrug der Gesamtschuldenstand bereits über S 500.000,—.⁹³

Zusammenschluß der Stifte

Verschiedene Wege wurden beschritten, um mit dieser prekären Lage fertig zu werden. Weil die meisten Klöster Österreichs sich in der Situation

86) PrKapV Nr. 43 (1936 Aug. 7), S. 209.

87) DiGoN S. 244 f. (1937 Feb. 23).

88) DiGoN S. 237 (1936 April 28), S. 216 (1933 Sept. 28).

89) DiGoN S. 236 (1936 April 4).

90) DiGoN S. 251 f.

91) Besonders wirkte sich die Grundsteuerprogression aus. Am 31. August 1934 betrug der Gesamtsteuerrückstand des Stiftes Göttweig 144 892,16 S. Kämmerer P. E. Vašiček an Sekretariat der österreichischen Stifte-Organisation in Wien, 1934 Sept. 5. NL Strohsacker.

92) Grundbesitz-Ausweis pro 1934 (1935 Okt. 8). Wie Anm. 91.

93) General-Ausgangsbilanz, General-Eingangsbilanz, General-Gewinn- u. Verlust Kto. 1934 (1935 Okt. 8). Wie Anm. 91.

Göttweigs befanden, manche sogar in einer noch kritischeren Lage, lag ein gemeinsames öffentliches Vorgehen nahe. Doch die Stifte benötigten des Anstoßes eines Weltpriesters,⁹⁴ der im Nationalrat saß, um sich 1933 in Wien zu einer Tagung zu treffen und ihre Wünsche zu formulieren. Sie beschwerten sich über ihre steuerliche Behandlung als Großgrundbesitzer, die unerträglichen sozialen Lasten, über die Schwierigkeiten bei der Erlangung der Kongrua und die Lenkung der Holzlieferungen durch die Regierung. Bundeskanzler Dollfuß selbst nahm die Denkschrift der Vertreter von 24 Klöstern entgegen und versprach zu helfen.⁹⁵ Noch im selben Jahr fand eine weitere derartige Konferenz der österreichischen Klöster statt. Man verlangte, daß ihre Pfarren hinsichtlich der Zuwendung von öffentlichen Mitteln und der Zuerkennung der Kongrua den Säkularpfarren gleichgestellt würden.⁹⁶ Am 28. Juni 1934 bildeten die Stifte sogar einen selbständigen Verband zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Sie wählten aus ihrer Mitte ein Verhandlungskomitee, das im Namen aller Stifte bei den Wiener Zentralbehörden bzw. bei der Landesregierung ihre Anliegen vertreten sollte. Dem Komitee gehörten neben dem Propst von Herzogenburg und dem Abt von Zwettl auch der Göttweiger Abt Dr. Strohsacker an.⁹⁷ Schrittweise konnte zwar jetzt so manche kleine Besserung erreicht werden, doch die großen Probleme blieben. Im Jahre 1935 beriet die Konferenz der Stiftsvertreter mit dem Präsidenten des Nationalrates, Vertretern des Finanzministeriums und hohen Politikern vor allem die Frage, wie die Steuerrückstände getilgt werden könnten, ein Problem, das vielen Äbten Sorge bereitete.

Auf jeden Fall mußte getrachtet werden, wieder über bares Geld verfügen zu können. Göttweig schlug zunächst den in der Wirtschaft häufigen Weg ein und nahm einen Kredit von S 100.000,— auf; das Wiener Haus wurde als Hypothek gegeben (1937).⁹⁸ Dann griff der Konvent wiederum auf die schon einige Male praktizierte Möglichkeit zurück, die zwar der Abt *an sich recht unsympathisch* fand, aber am raschesten aus der Finanznot führen konnte: auf den Verkauf von wertvollen Büchern.¹⁰⁰ Schon 1931 waren die sogenannten Blockbücher an einen Privaten veräußert worden, um die Erwerbung des

94) Pfarrer Franz Oelzelt (Gmünd), im Nationalrat zwischen 1923 und 1934 tätig. Die Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat 1918—1975 und die Mitglieder des österreichischen Bundesrates 1920—1975. (Wien 1975) S. 230.

95) DiGoN S. 209 f. (1933 April 27).

96) DiGoN S. 217 (1933 Nov. 21).

97) DiGoN S. 223 f. (1934 Juni 28).

98) DiGoN S. 230 f. (1935 April 10).

99) DiGoN S. 243 (1937 Jän. 22).

100) DiGoN S. 244 (1937 Feb. 1). 1931 bot der Papst den österreichischen Stiften an, ganz wertvolle Codices der Vatikanischen Bibliothek vorzulegen, die den Preis nach dem Gutachten zweier anerkannter Fachleute festsetzte. Abt von Seitenstetten an Äbte der österreichischen Kongregation, 1931 Dez. 12. NL Fuchs.

Gutes Ottenschlag bewältigen zu können.¹⁰¹ Als nunmehr der Zinsendienst das Budget des Stiftes zu arg belastete, dachte man daran, das Original der bereits gedruckten Mariazeller Messe von Joseph Haydn zu verkaufen. Da die Angebote in Österreich gering waren (S 10.000,—) und die österreichische Nationalbibliothek über keine Mittel verfügte, um die geforderten S 20.000,— zu bezahlen, wurde Verbindung mit der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin aufgenommen. Diese war gewillt, 20.000 RM dafür zu geben. Das Kapitel sprach sich im Jahre 1937 mit 7:3 Stimmen für den Verkauf aus.¹⁰² Man glaubte, dadurch wieder einen Schritt näher zu einem ausgeglichenen Budget gekommen zu sein. Niemand im Hause ahnte, daß die kluge Wirtschaftspolitik und die Ausschöpfung aller Ressourcen zwar die finanziellen Schwierigkeiten meistern half, letzten Endes jedoch aller Einsatz umsonst sein sollte.

III. Neuorientierung des monastischen Lebens

Erneuerung der Disziplin

Die Nutzung des Besitzes war nur die Voraussetzung und die Grundlage dafür, daß die Mönche den in den Ordensregeln festgelegten Aufgaben nachgehen konnten. Denn die spirituelle Haltung und Entwicklung des Konvents war und ist für die Geschichte eines Klosters von weitaus größerer Bedeutung als wirtschaftliche Tatbestände, wenn jene auch nicht so leicht faßbar und zu beschreiben sind. Veränderungen in diesem Bereich verdienen daher aufmerksame Beachtung.

Abt Dungal hatte in der Leitung des Stiftes lange Zeit die Zügel gleiten lassen und sich kaum um das gemeinsame Leben und Gebet gekümmert.¹⁰³ Eine gewisse Lockerung der Disziplin und das Aufkommen individualistischer Tendenzen bei der Lebensgestaltung waren die Folge. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß der nachfolgende Abt Adalbert II. Fuchs, als er sehr genau auf Ordnung und Erfüllung der Ordenspflichten achtete, Widerstand zu spüren bekam. Dieser konnte ihn aber nicht davon abbringen, bei der Wiederherstellung der Disziplin und der spirituellen Ausrichtung des Ordenslebens kompromißlos seinen Weg zu gehen. Wie bei allen seinen Handlungen zeigte er aber auch bei dieser Aufgabenstellung viel Verständnis und geduldige Nachsicht bei den auftretenden Umstellungsschwierigkeiten.

Bereits bei der ersten Kapitelsitzung, die er noch als Abt-Koadjutor leitete, hatte er die jährliche Abhaltung von Exerzitien, die im Stift vernachlässigt worden waren, angekündigt und sie schon im August 1922 durchgeführt. Für die Zukunft ordnete er an, daß die Patres im Hause jedes Jahr in der Karwoche daran teilzunehmen hätten, während die Mitbrüder in den Pfarren in

101) Die Stifte verkauften lieber an Private, weil von den öffentlichen Stellen (Bundesdenkmalamt) meist nur die Hälfte des angestrebten Betrages zu erhalten war. PrKapV Nr. 10 (1931 Aug. 13), S. 178.

102) PrKapV Nr. 45 (1937 Mai 15), S. 211.

103) Dungal kam seit 1914 nie mehr in den Chor, erschien nicht im Refektorium und übte keine liturgischen Funktionen aus. Mück, Catalogus S. 401.

jedem August dazu verhalten wären.¹⁰⁴ Doch bereits 1923 wurden die beiden Termine zusammengelegt.¹⁰⁵ Den Patres wurde auch sogleich verboten, sich in die „Schwemme“, den Gastbetrieb im Kloster, zu begeben, weil dies nicht standesgemäß sei. Sie durften sich nur in einem ihnen vorbehaltenen Raum, „Kasino“ genannt, wo Frauen keinen Zutritt hatten, bis spätestens 10 Uhr abends aufhalten. Den Klerikern, Novizen und Laienbrüdern wurde der Ausgang am Sonntag gesperrt, auch der Zutritt zur Küche und Kellerei untersagt.¹⁰⁶ Das Konventamt sollte nach Möglichkeit täglich gehalten und die Matutin an Vortagen von Sonn- und Feiertagen, wenn sich genügend Ordensmitglieder im Hause befänden, gemeinsam um 17 Uhr gebetet werden.¹⁰⁷

Das Reformdekret von 1924

Diese ersten vorsichtig eingeführten Maßnahmen erhielten im Jahre 1923 von außen her eine Bekräftigung, die den aufkommenden Widerstand sofort verstärkte. In Rom wurde auf Grund von *üblen* Berichten Grundlinien für eine Reform der österreichischen Abteien festgelegt.¹⁰⁸ Es sei fortan auf die strikte Einhaltung der Ordensgelübde, besonders des *votum paupertatis* (was vor allem strenge Abrechnung des Taschengeldes bedeutete) und der *vita communis*, auf das Tragen des Habits und die intensive Ausbildung der Kleriker zu achten. Das Noviziat sollte für alle Benediktinerniederlassungen gemeinsam geführt werden. Auch für die in der Seelsorge tätigen Patres mußten besondere Statuten – nach dem Muster von Einsiedeln oder bayrischen Klöstern – aufgestellt werden. Jagd und Gasthausbesuch seien den Ordensmitgliedern grundsätzlich zu verbieten.

Die österreichischen Benediktineräbte wußten freilich um die Schwierigkeiten der Durchführung. Sie konnten sich diesen Forderungen aber *nicht völlig verschließen* und versprachen, ihnen nach Möglichkeit und nach Maßgabe der Zeit- und Ortsverhältnisse ihre Aufmerksamkeit zu schenken.¹⁰⁹ 1924 legte der Abt für Göttweig eine neue Tagesordnung fest, die Chorgebete um 6 Uhr 30, 11 Uhr 45 und 18 Uhr 30 (im Sommer 18 Uhr) vorsah; das ganze Officium wurde im Chor rezitiert.¹¹⁰

Das Reformdekret des Benediktinerordens vom 22. Juni 1924 forderte aber grundsätzlich die *vita communis*. Der Göttweiger Prior wies jedoch mit Recht darauf hin, daß dies für das Stift nicht möglich sei, solange es Pfarren betreue. Auch der Abt äußerte, er könne und wolle niemand dazu zwingen.

104) PrKapV Nr. 1 (1922 Mai 31), S. 36; Nr. 2 (1922 Juni 18), S. 38 f. Der päpstliche Nuntius hatte den Abt-Koadjutor persönlich zur *Beseitigung dieses Übelstandes* gedrängt.

105) PrKapV Nr. 15 (1923 Aug. 2), S. 63.

106) PrKapV Nr. 2 (1922 Juni 18), S. 40.

107) PrKapV Nr. 4 (1922 Aug. 13), S. 44.

108) PrKapV Nr. 17 (1923 Okt. 14), S. 69.

109) Wie Anm. 108, S. 70. Am 23. Sept. 1924 legte eine Äbtekonzferenz Durchführungsbestimmungen fest, die ab 1. Feb. 1925 die Rechnungslegung vorsah. Reformdekret mit Durchführungsbestimmungen. NL Fuchs.

110) PrKapV Nr. 27 (1924 Aug. 14), S. 84; DiGoN S. 161 (seit 1. Sept. 1924).

Allerdings gestattete er den Ordensmitgliedern nicht das Fernbleiben vom gemeinsamen Mittag- und Abendessen. Auch das Tragen von Zivilkleidung erlaubte er nur in Ausnahmefällen.¹¹¹ Im Jahre 1928 wurden für die Patres auf den Göttweiger Stiftspfarran eingehende Statuten verbindlich, die deren Tagesablauf und das erwartete Verhalten genau festlegten.¹¹²

Das klösterliche Leben fand so unter Abt Dr. Fuchs wieder langsam in die vorgeschriebenen Bahnen zurück,¹¹³ was die *visitatio apostolica* im April 1929 bestätigte.¹¹⁴ Die beiden Visitatoren, Abt Laurenz Zeller aus Trier und Abt Simon Landersdorfer aus Scheyern waren überrascht, daß in Göttweig der ganze Chor gehalten und immer gut besucht wurde. Sie zeigten sich auch mit dem Ergebnis ihrer mehrtägigen Einvernahmen — alle Mitglieder des Stiftes konnten Beschwerden und Kritik vorbringen — befriedigt. Sie betonten besonders die Notwendigkeit der *vita communis* (falls Abwesenheit vom Abendessen, persönliche Entschuldigung beim Abt notwendig) und der Klausur (niemand durfte Schlüssel zur Seitentür des Stiftes haben). Das Tragen einer Zivilkleidung sei nur mit schriftlicher Erlaubnis des Abtes möglich, auch die Jagdkleidung des Waldmeisters müsse möglichst klerikal sein. Die Liturgie solle immer feierlich begangen werden.

Klagen kamen vor allem von seiten der Seelsorger auf den Göttweiger Pfarren. Sie wünschten, daß das Stift auch Aushilfen stelle, damit sie Ferien in ihrem Stammhaus machen könnten. Auch würden sie zu wenig über die Vorgänge im Stift selbst informiert und dort auch von ihren Mitbrüdern unfreundlich aufgenommen. Für ihre Haushälterinnen würde nach ihrem Tode zuwenig gesorgt. Der Abt erklärte dazu, daß infolge Personalmangels augenblicklich an eine Aushilfe nicht zu denken sei, vom Stift für die Haushälterinnen eine Unterstützung ausgeworfen werde und von ihm jeder freundlich und gerne im Stift empfangen werde. Der Informationsmangel könnte durch vierteljährliche Zirkulare — Regelmäßigkeit sei aber nicht zu erwarten, weil sich manchmal wenig ereignet — oder Mitteilungen in einem jährlichen Generalkapitel behoben werden. Der Abt bemerkte aber im Diarium mit einiger

111) PrKapV Nr. 28 (1924 Okt. 5), S. 85.

112) Die *Regula ad quam Fratres extra monasteria degentes vitam dirigent* wurde im Auftrage der S. Congregatio de Religiosis am 12. April 1928 vom Generalkapitel der Benediktiner-Kongregation Immaculatae Conceptionis ausgearbeitet und von Abt Dr. Fuchs persönlich den in den Göttweiger Pfarren wirkenden Kapitularen zugesandt. Diese mußten den Erhalt des Schreibens bestätigen. Allerdings brachte ihnen der Abt nicht alle 17 Punkte (nur 14) zur Kenntnis und nahm auch einige Verkürzungen vor. Text der *Regula ad quam Fratres extra monasteria ...*; Zuschrift an die Kapitularen (hektografiert) mit Text der *Statuta* (1928 Juni 14). NL Fuchs.

113) Ende 1928 wurde im Stift das Zimmer Nr. 18 im Priestergang als heizbarer Winterchor eingerichtet (mit Altarbild von Altomonte). Siehe DiGoN S. 182 (1928 Dez. 20).

114) Zum Folgenden siehe DiGoN S. 185 f. (*Visitatio Apostolica*, 13.—17. April 1929); PrKapV Nr. 64 (1929 April 21), S. 139 f.

Bitterkeit, daß einige Konventualen, deren Wünsche er nicht erfüllt habe, sich reichlich an ihm die Schuhe abgeputzt hätten. Wenn Visitatoren nicht gescheiter wären, müsse jeder Abt resignieren, der nicht ein ausgesprochener „Jasager“ sei.

Nachwuchsmangel

Gegen Ende der Regierungszeit des Abtes Dr. Fuchs wurde der Mangel an Nachwuchs zu einer Hauptsorge des Stiftes. Es hatten sich wohl im ersten Jahrzehnt nach der Auflösung der großen österreichisch-ungarischen Monarchie eine Reihe von jungen Menschen im Benediktinerstift gemeldet, doch mußten einige wegen Ungeeignetheit von vornherein abgewiesen werden. Der Abt hatte dabei nicht immer eine glückliche Hand. Insgesamt zählte man unter seiner Regierung nur acht Professoren, drei davon waren nach der einfachen Profeß wieder entlassen worden.¹¹⁵ Es wurde daher jetzt die Frage diskutiert, ob nicht aus anderen gut gefüllten Häusern Ordensmitglieder für Göttweig gewonnen werden könnten.¹¹⁶ Das Kapitel war zwar grundsätzlich einem solchen Zuwachs nicht abgeneigt, hielt aber Bemühungen für besser, junge Leute aus den eigenen Pfarren an sich zu ziehen und sie für das Ordensleben zu gewinnen. Dafür sollten auch finanzielle Opfer gebracht werden. So könnte z. B. ein Juvenat errichtet werden. Allerdings wäre es nur möglich, im Hause selbst zwei Jahrgänge zu unterrichten, eine tägliche Schulfahrt nach Krems sei hingegen *vom Bösen*. Man dachte deswegen an eine Unterbringung bei den Piaristen in Krems während der Schultage und in Göttweig während des Wochenendes. Einige Wirkung versprach man sich auch von Briefen an die Religionsprofessoren an den Gymnasien und Realschulen, daß sie auf Stift Göttweig aufmerksam machten. Es wurde freilich die Meinung vertreten, daß sich augenblicklich zum Priester Berufene unter der bäuerlichen Bevölkerung schwer finden lassen, diese sich nun aus der Schicht der kleinen Beamten rekrutieren. Es wurden vom Kapitel noch viele weitere Überlegungen angestellt, doch konkrete Maßnahmen zunächst nicht ergriffen.¹¹⁷

Zusammenschluß der beiden österreichischen Kongregationen

Das spirituelle Leben des Klosters lief unter Abt Hartmann II. Strohsacker zunächst in den von seinem Vorgänger gezeichneten, bereits einigermaßen geordneten Bahnen. Der Abt liebte das freie Wort, wenn vernünftig argumentiert wurde, und versprach schon in der ersten Kapitelsitzung, nicht nachträglich zu sein.¹¹⁸ Für die Neuausrichtung des monastischen Lebens wirkte sich vorteilhaft aus, daß die österreichischen Benediktinerstifte anfangs der 30er Jahre näher aneinanderrückten und eine Vereinheitlichung ihrer internen Maßnahmen vorsahen. Da dem angesehenen Abt Dr. Strohsacker dabei

115) Lashofer, Professoren Nr. 1489–1496.

116) PrKapV Nr. 65 (1929 Mai 9), S. 142.

117) PrKapV Nr. 68 (1929 Juli 28), S. 147; Nr. 69 (1929 Aug. 9), S. 150–152.

118) PrKapV Nr. 1 (1931 Jän. 25), S. 168.

eine bedeutende Rolle zufiel, rückte auch Göttweig bei den allgemeinen Reformbestrebungen nach vorne.

Bislang waren neun Benediktinerstifte Österreichs in der Kongregation Immaculatae Conceptionis (Admont, Altenburg, Göttweig, Kremsmünster, Melk, St. Lambrecht, St. Paul, Seitenstetten, Wien-Schotten), vier in der Kongregation St. Josephi (Fiecht, Lambach, Michaelbeuern, Salzburg-St. Peter) zusammengeschlossen, und das reformfreudige Seckau zählte überhaupt zur Beuroner Kongregation. Als im Mai 1930 die Vereinigung aller auf österreichischem Staatsgebiet liegenden Benediktinerabteien in einer einzigen Kongregation erörtert wurde, hatte nur Seckau Bedenken, sich den andern, noch nicht von der Reform voll erfaßten Benediktinerklöstern anzuschließen. Bei der Ausarbeitung der Statuten für die neue Kongregation nahm man die der Kongregation Immaculatae Conceptionis als Grundlage.¹¹⁹ Mit den aber darin vorgenommenen Ergänzungen war allerdings Göttweig nicht recht zufrieden, vor allem deswegen nicht, weil die früheren „*visitatores apostolici*“ nunmehr als „*delegati apostolici*“ für unbestimmte Zeit weiterhin Einfluß auf die Stifte nehmen konnten, die auf diese Weise, wie man sich äußerte, *unter Kuratel* standen. Außerdem fehlte den Stiften, wie sich bald zeigen sollte, die Homogenität der Verhältnisse und ihrer Traditionen.¹²⁰

Im Februar 1931 wurde der vom Hl. Stuhl bewilligte Zusammenschluß von 13 österreichischen Benediktinerstiften feierlich vollzogen. Der Abt von Seitenstetten wurde der erste Präses der Kongregation, der Abt von Göttweig, Dr. Strohsacker, sein 2. Assistent (ab 1937 1. Assistent).¹²¹ Dr. Strohsacker wurde sogar als Apostolischer Delegat mit der Reform der ungarischen Benediktinerabteien befaßt.¹²²

Ein Sorgenkind der Kongregation blieb das Salzburger Kolleg, dessen Schaffung begrüßt, dessen Verwirklichung aber in den Augen Göttweigs verfehlt wurde, in das aber auch Göttweig seine Kleriker zur Ausbildung sandte. Die ursprüngliche Planung, damit eine Bildungsstätte für die österreichischen, schweizerischen und bayerischen Stifte (mit Ausschluß der Beuroner) zu errichten, hatte sich nämlich nicht durchführen lassen; es wurde nur von den österreichischen Stiften beschickt, und die Beuroner übten als Professoren und Präfekten *einen maßgebenden, keineswegs angenehm empfundenen Einfluß* aus, wie viele österreichische Benediktiner fanden, die den Beuroner Reformen ablehnend gegenüberstanden. Vor allem war die Finanzierung des Hauses nicht gesichert. Dieses gehörte wohl St. Peter, doch für die Schulden und

119) Protokoll der Äbtekonzferenz in Salzburg, 20./21. Mai 1930. NL Fuchs.

120) DiGoN S. 199 f. (1931 Feb. 10/11); PrKapV Nr. 7 (1931 Juni 30), S. 174 f.; Nr. 10 (1931 Aug. 13), S. 179 f.

121) Protokoll der Äbteversammlung zu St. Peter (1931 Feb. 10). NL Strohsacker.

122) Dazu hat wohl wesentlich beigetragen, daß der Fürst-Primas von Ungarn, Kardinal Justinian Serédi O.S.B. von Gran ein Schüler Dr. Strohsackers in Rom gewesen war; er hat seinen Lehrer auch bereits kurz nach der Abwahl besucht (4. Juni 1931). Im Nachlaß Dr. Strohsackers befinden sich eine Anzahl von Schriftstücken, die diese seine Tätigkeit dokumentieren.

die Erhaltung sollten die Stifte mit aufkommen.¹²³ Als im Jahre 1934 die amerikanischen Stipendien ausblieben, wurden jährliche Zuschüsse von seiten der Stifte beschlossen. Auch die restliche Bauschuld von etwa 1,2 Millionen Schilling mußte über Wunsch des Papstes von den Stiften aufgebracht werden. Auf Göttweig entfielen S 85.000,—. Da soviel Geld keineswegs flüssig war, mußte ein Darlehen aufgenommen und Besitz verpfändet werden.¹²⁴

Reformmaßnahmen

Die von Rom ausgehenden Reformwünsche, wie sie im Dekret der Sacra Congregatio de religiosis vom 22. Juni 1924 festgelegt worden waren, fanden bei vielen Göttweiger Patres noch immer wenig Gegenliebe. Doch Abt Dr. Strohsacker war gewillt, sie schrittweise durchzusetzen und ließ sich auch durch *Proteste und Remonstrationen* nicht davon abbringen.¹²⁵ Die neuen Bestimmungen galten allerdings zunächst nur für die im Stift lebenden Mitbrüder. Die Tischlesung — freilich mit Unterbrechung — die Casus-Konferenz und der monatliche „sermo spiritualis abbatis“ wurden von ihnen ohne Schwierigkeiten angenommen. Wenige Tage vor der Visitation des Klosters im Jahre 1932 verpflichtete der Abt auch die Ordensangehörigen, innerhalb des Hauses wieder die Kapuze zu tragen, wie es die Statuten verlangten und es in Göttweig bis ins 18. Jahrhundert üblich gewesen war. Doch die Tonsur, die ebenfalls schon durch Jahrhunderte nicht in Gebrauch war, wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß sie die Mitbrüder in der Schweiz oder in den USA auch nicht haben müßten.¹²⁶ Die Visitatoren waren zufrieden; es wurden von seiten der Mönche weder gewichtige Beschwerden noch Wünsche geäußert. Weil jene soviel guten Willen vorfanden, hofften sie, daß in Göttweig bald auch die noch fehlenden Disziplinvorschriften, wie das Schuldkapitel, die Briefkontrolle und die Tonsur eingeführt werden könnten.¹²⁷ Die Tagesordnung wurde über ihren Wunsch sogleich geändert. Die Prim wurde um 6 Uhr gehalten — anschließend gab es Zeit für Privatmessen —, die Matutin und die Laudes wurden auf 6 Uhr 30 bzw. 6 Uhr 45 verlegt, und anschlie-

123) DiGoN S. 199. Abt Dr. Fuchs hatte 1924 die Übernahme von sechs Zellen und eine freiwillige Spende von 30 Millionen Kronen zugesagt. PrKapV Nr. 20 (1924 Feb. 2) S. 73. Siehe dazu auch Ernst Hanisch, St. Peter in der Zwischenkriegszeit 1919—1938. Politische Kultur in einer fragmentierten Gesellschaft, StMGBO 93 (1982) S. 367—370, 378 f., 381.

124) DiGoN S. 215 (1933 Sept. 7), S. 227 f. (1934 Nov. 7, 8).

125) Abt an Confratres expositi, 1931 Juni 6. NL Strohsacker.

126) DiGoN S. 204 f. (1932 Juli 7, 18, 19).

127) Die beiden Visitatoren gaben sich *der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß es der weisen Diskretion und liebevollen Energie, die der hochwürdigste Herr Abt in einer der hervorragendsten Vertrauensstellungen des ganzen Ordens viele Jahre hindurch mit solchem Erfolge bewiesen hat, die so glücklich in die Wege geleitete Erneuerung des eigenen Hauses mit gleichem Erfolge weiter zu führen und mehr und mehr nach dem in den Statuten gezeichneten Ideal zu gestalten.* Rezeß der kanonischen Visitation im Stifte Göttweig am 19. und 20. Juli 1932 (1939 Juli 20). NL Strohsacker. Siehe auch PrKapV Nr. 17 (1932 Juli 30), S. 188.

ßend wie bisher um 7 Uhr die Konventmesse gefeiert.¹²⁸ Auch 1935 gab es bei einer neuerlichen Visitation keine wesentlichen Anstöße.¹²⁹

Um die Umstellung im monastischen Leben zu erleichtern, waren sich die österreichischen Benediktineräbte darüber einig geworden, die Einhaltung aller Reformvorschriften zunächst nur von jenen zu verlangen, die seit dem Jahre 1931 zur feierlichen Profesß zugelassen worden waren, von den sogenannten „Juniorese“. Auf sie sollten vorläufig Schuldkapitel, Briefzensur und Tonsur (durch einen Streifen angedeutet) beschränkt werden.¹³⁰

Gerade aber die Nachwuchsfrage bereitete weiterhin größte Sorgen. Obgleich immer eine Reihe von Kandidaten den Eintritt begehrte, befanden sich wenig Geeignete unter ihnen. Die einen waren nicht gesund, den anderen fehlten wieder die Studienvoraussetzungen und manche hatten schon in anderen Klöstern als Novizen versagt.¹³¹ Insgesamt legten bis 1938 13 junge Männer die Profesß ab, vier davon schieden jedoch, bevor sie sich auf Lebenszeit versprachen, wieder aus.¹³²

Besonders mißtrauisch stand Göttweig 1932 dem Aufnahmebegehren von drei selbstbewußten, sich *hakenkreuzlerisch* gebärdenden Westfalen gegenüber. Man traute ihnen nicht recht, schob ihre Profesß hinaus und schickte sie in den Ferien nach Hause, weil man annahm, sie kämen nicht wieder. Zwei kehrten aber *ganz bekehrt* zurück, nur einer fand sich nicht mehr ein.¹³³

In Göttweig wurde mit Recht die Frage gestellt, ob es mit der angeblichen Blüte der katholischen Bewegung unter der studierenden Jugend weit her sei. Obgleich Tausende von Maturanten und absolvierten Hochschülern arbeitslos seien, fühlten sich nur wenige zu einem Priester- oder Ordensmann berufen. Es sei eine *fast absolute Abneigung* dazu festzustellen.¹³⁴ Bei den eintretenden Novizen machte es manchmal ziemlich Schwierigkeiten, sie mit monastischem Geist zu erfüllen. Der *modernen, sehr individualistisch* ausgerichteten Jugend fiel vor allem der pünktliche und willige Gehorsam schwer. Besonders Novizen, die aus der Jugendbewegung kamen, wo Selbsterziehung

128) DiGoN S. 208 (1933 Jän. 9). Abt Dr. Strohsacker bemerkt in seinem Bericht über die im Anschluß an den Visitations-Rezeß getroffenen Maßnahmen, *wenn somit in puncto Schuldkapitel und Tonsur das im Rezeß Gewünschte nicht verwirklicht erscheint, so ist das eben in dem allgemeinen Widerstande begründet, dem Rechnung zu tragen ein Gebot der Klugheit war, um nicht durch Forcieren dieser schließlich doch nicht wesentlichen Postulate den guten Willen, der sich im übrigen ja klar kundgibt, ins Wanken zu bringen.* Begleitschreiben an den Präses der österr. Benediktiner-Kongregation Abt Theodor Springer, Seitenstetten, 1932 Dez. 30. NL Strohsacker.

129) DiGoN S. 232 f. (1935 Okt. 8–10).

130) Protokoll der Äbteversammlung am 24./25. Juni 1931 in der Schottenabtei Wien. NL Strohsacker.

131) DiGoN S. 239, 238, 242, 250 u. a.

132) Lashofer, Professoren Nr. 1497–1509.

133) PrKapV Nr. 19 (1932 Sept. 4), S. 190 f.; Nr. 24 (1933 Sept. 5), S. 195; Nr. 25 (1933 Okt. 1), S. 196; DiGoN S. 214 (1933 Aug. 15).

134) DiGoN S. 205 (1932 Sept. 8).

und gegenseitige Erziehung einen gewichtigen Platz einnahmen, ließen sich von den älteren Vorgesetzten nur widerstrebend leiten. Es mangelte bei den Novizen oft an Ehrfurcht, Anerkennung der Autoritäten und am Eindringen in den Geist der Armut.¹³⁵ Doch die Vorbildlichkeit des Abtes und sein mitmenschliches Fühlen haben in Göttweig die Einpassung in das Klosterleben sehr erleichtert.

Die spirituelle Durchdringung des monastischen Lebens während der Regierungszeit des Abtes Dr. Strohsacker trug nach 1938 Früchte.¹³⁶ Sie hat letztlich wesentlich dazu beigetragen, daß die Göttweiger Benediktinermönche zur Zeit des Nationalsozialismus wohl aus ihrem Haus verjagt werden konnten, aber nur wenige ihrem feierlichen Versprechen untreu wurden. Sie warteten voll Hoffnung im Exil in Unternalb, bis ein Neuanfang in ihrem Kloster auf dem Berg wieder möglich war.

IV. Einstellung zu politischen Vorgängen und Parteien

Politik war kein Thema der Mönche in Göttweig. Sie registrierten zwar die Vorgänge in der neugegründeten Republik Österreich, aber sowohl in den Protokollen der Kapitelversammlungen als auch im Diarium, in Briefen und sonstigen Schriftstücken finden sich nur wenig politische Äußerungen, und auch diese sind meist steril und von unbedeutender Allgemeinheit. Nur wenige Bemerkungen lassen gewisse Richtpunkte des politischen Denkens erkennen.

Abt Dungal und viele der älteren Mitglieder des Stiftes waren ohne Zweifel noch ganz der Monarchie verhaftet und bedauerten ihre Auflösung.¹³⁷ Wenn dann Abt Dr. Fuchs anläßlich seines 60. Geburtstages im Jahre 1928 davon sprach, daß es das Stift als oberste Pflicht ansehe, *das Erbe seiner deutschen Gründer, der Schwarzwälder Mönche von St. Blasien, fortzuführen für das Wohl der Heimat und des deutschen Volkes in Österreich*,¹³⁸ so gebrauchte er nur das zu dieser Zeit übliche und häufig verwendete Wortmaterial; der Ausblick auf Deutschland war — in verschieden starkem Grade — bei allen

135) Referat des Rektors des Salzburger Kollegs P. Ämilian Wagner O.S.B. bei der Novizenmeistertagung in Wien (1934 Nov.). NL Strohsacker.

136) Viele Entwürfe für Ansprachen zu seinen Mitbrüdern sind, zum Teil in Kurzschrift, erhalten geblieben. Mit besonderer Eindringlichkeit weist er 1938 auf die Notwendigkeit der würdigen Feier des Gottesdienstes hin (1938 Juni 26), auf das bei der Profeß an erster Stelle gegebene Versprechen zur *stabilitas*, auf die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten (1939 Aug. 15). Ansprachen bei Konferenzen. NL Strohsacker.

137) Eine Ursache dafür war wohl, daß der Abt selbst und 15,8% der unter ihm eintretenden Professoren aus dem mährisch-böhmischen Raum stammten; ihre Heimatorte lagen nunmehr in einem fremden Staat. *Was wird dann aus unserem alten Österreich? Mit Entsetzen sehen wir das Reich vor der Auflösung stehen*, wird im Diarium vermerkt. DiGoN S. 133 (1918 Okt. 18).

138) Reichspost 1928 Sept. 13.

politischen Gruppierungen anzutreffen. Bei Dr. Fuchs sollte außerdem berücksichtigt werden, daß er, wie auch sein Prior, Dr. Eduard Vašiček, aus Mähren stammte, aus einem Gebiet der ehemaligen Monarchie, wo sich zeitweilig die Nationalitäten hart aneinander gerieben hatten.

Die Juden standen zumindest aus zwei Gründen bei vielen Mitgliedern des Stiftes in keinem besonderen Ansehen. Der Vorstand der Österreichischen Wald- und Holz-Industrie AG., der durch einen raffiniert verfaßten Vertrag Göttweig an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruches gebracht hatte, bestand, wie einige Male vermerkt wurde, aus lauter Juden.¹³⁹ Ebenso wurde die Verbindung Judentum und Sozialdemokratie abfällig festgestellt. Letztere hatte durch ihre antikirchliche Haltung die Mönche besonders verärgert. Das äußerte sich an vielen, letztlich allerdings belanglosen Vorfällen. Weil etwa die Sozialdemokraten in Hainfeld Bischof Rößler im Jahre 1920 trotz höflichen Ersuchens den Empfang verweigert hatten, lehnte es der Abt noch 1928 als eine Art *Protest-Demonstration* ab, der Einladung zur Stadterhebung zu folgen.¹⁴⁰ Das areligiöse Verhalten sozialdemokratischer Arbeiter des Steinbruches in Meidling i. T. hatte wiederum das Stift zu einer Neuverpachtung an eine dubiose Firma verführt, die versprach, daß christliche Gewerkschaften eingerichtet und dem Stift die Mitsprache bei Aufnahme und Entlassung von Beschäftigten gewährt würde.¹⁴¹ Sie war aber schließlich gar nicht zur Eröffnung des Betriebes in der Lage. Die Sozialdemokratie fand vor allem deswegen wenig Verständnis im Stift, weil ihr damals gezeigtes marxistisches Antlitz — Kirchenfeindlichkeit und Bodenenteignung — Angst auslöste.

Am nächsten standen die Ordensangehörigen ohne Zweifel der Christlich-sozialen Partei, ohne aber eine ausgesprochene Nahestellung zu suchen oder gar in deren innere Auseinandersetzungen eingreifen zu wollen. Kontakte zu ihren Vertretern wurden gepflegt.¹⁴² Sie wurden herangezogen, wenn zugun-

139) Es wird von einer *Judengesellschaft* gesprochen, welche die Lage rücksichtslos für sich ausnützte. DiGoN S. 151. Auch beim Kauf des Gutes Ottenschlag wurde die Erwägung *verlockend* gefunden, daß es aus dem Besitz eines *jüdischen Spekulanten* . . . wieder in *Christenhände* gelange. DiGoN S. 202 (1931 Aug. 8).

140) DiGoN S. 181 (1928 Okt. 21).

141) PrKapV Nr. 50 (1926 Nov. 21), S. 121 f.

142) Die Christlichsozialen bildeten in ihren Augen einen *Hemmschuh gegenüber den äußersten Plänen der Umsturmänner*. DiGoN S. 142 (1919 Juli 1). Da sie sowohl im Land Niederösterreich als auch in der Republik politisch bestimmend waren und Stift Göttweig in seiner desolaten wirtschaftlichen Lage nach Hilfe und Unterstützung Ausschau halten mußte, würde reine Kontaktpflege — Vorsprachen und Besuche — an sich wenig aussagen. Nicht einmal eine Wahlspende von 2000,— S (statt erbetener 5000,— S) im Jahre 1927 für die bürgerlichen Parteien, welche die marxistische Drohung mit der Enteignung des Großgrundbesitzes nützten, bedeutet viel. Doch die Christlichsoziale Partei war die einzige politische Bewegung von Bedeutung, die im Programm und Handeln ihre positive Beziehung zur katholischen Kirche äußerte.

sten der Interessen des Stiftes Interventionen notwendig schienen. Die Nützlichkeit christlicher Organisationen und Vereine auch für die katholische Kirche wurde von den Konventualen ebenfalls erkannt und in der Regel gefördert.¹⁴³ Der Abt wies besonders auf deren Unentbehrlichkeit in der Gegenwart hin. Doch sah er es als Hauptaufgabe an, wie er an den Pfarrer von Hainfeld schrieb, weltanschaulich zerstrittenen Gemeinden *wieder den Frieden zu bringen*; der Seelsorger dürfe nicht *nach politischen Motiven* handeln.¹⁴⁴

An dieser Grundeinstellung änderte sich auch unter Abt Dr. Strohsacker wenig. Bezeichnend ist eine damalige Weisung an die Novizenmeister der Benediktinerklöster, daß *in einer politisch so bewegten Zeit* das Zeitungslesen und das Radiohören möglichst eingeschränkt werden sollten. Gerade junge Kleriker seien zu politischen Leidenschaften fähig. Diese könnten ein friedliches Zusammenleben unmöglich machen und Unruhe ins Kloster bringen.¹⁴⁵ Die politische Naivität vieler Ordensangehöriger dieser Zeit mag in dieser Verhaltensregel eine Erklärung finden.

Tatsache ist, daß in den Sitzungen des Göttweiger Kapitels weiterhin nie Fragen der Tagespolitik erörtert oder Stellungnahmen dazu abgegeben wurden. Bloß in den Aufzeichnungen des Abtes finden sich gelegentlich Äußerungen, die seine politische Position kennzeichnen. Das Feindbild der 20er Jahre, die kirchenfeindliche Sozialdemokratie, wurde jetzt kaum mehr erwähnt. Nur gelegentlich der Februarunruhen des Jahres 1934 schrieb er, daß es sich offenbar um einen *verzweifelten Versuch* handle, eine *im Schwinden begriffene Machtposition* zu retten.¹⁴⁶

Daß im Lande dann die Ordnung wiederhergestellt werden konnte, fand Beifall. Die Vorgänge im Jahr 1933, die Selbstausschaltung des Parlaments und das autoritäre Vorgehen der Regierung, waren in seinen Augen bloß ein Übergangszustand, *der zwar von allen vernünftigt und patriotisch Denkenden nur begrüßt werde, aber doch nicht in indefinitum dauern kann*.¹⁴⁷ Bei der Verfassung vom 1. Mai 1934 hielt er Änderungen und Verbesserungen für notwendig und befürchtete Schwierigkeiten bei der Durchführung. Am meisten kritisierte er, daß bewaffnete Organisationen eine so große Rolle spielten.¹⁴⁸ Die „Vaterländische Front“ hatte seiner Meinung nach nur äußerlich Gewicht. Ihr liefen gar viele *Konjunktur-Ritter* zu, die *als äußerst unver-*

143) Aus diesem Grunde führte Stift Göttweig seine private Volksschule, obgleich es vorübergehend ebenfalls an deren Auflösung dachte, trotz drückender finanzieller Belastung weiter, um christliche Erziehung zu gewährleisten. Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich an Abt, 1923 Juli 5. NL Fuchs.

144) Abt an Pfarrer von Hainfeld, 1923 Juli 10. NL Fuchs.

145) Wie Anm. 135.

146) DiGoN S. 219 (1934 Feb. 12).

147) DiGoN S. 210 f. (1933 Juni 10).

148) DiGoN S. 221 (1934 Mai 1).

läßliche Anhänger zu werten waren. Nicht einmal die wichtigeren öffentlichen Positionen könnten mit vaterländischen und christlich gesinnten Persönlichkeiten besetzt werden, weil es daran mangelte.¹⁴⁹

Hauptangriffsziel der politischen Bemerkungen des Abtes war jedoch die nationalsozialistische Bewegung, weil sie *unausgesprochen in ihrem Wesen und in ihrer Tendenz antikatholisch* war.¹⁵⁰ Der hemmungslose Radikalismus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, *nicht zuletzt, weil sie von allzu vielen jugendlichen unreifen Elementen durchsetzt* war, wurde angeprangert. Es wurde als *geradezu unbegreiflich* bezeichnet, daß die Nationalsozialisten bei der Intelligenz Anklang fanden.¹⁵¹ Er wünschte ein energischeres Vorgehen gegen die Hitleranhänger, weil sie mit *verbrecherischen Mitteln* arbeiteten.¹⁵² Beispiele dafür gab es ja in der nächsten Umgebung des Stiftes genug.¹⁵³ Ein Bombenanschlag der Nationalsozialisten richtete sich am 26. Juni 1934 gegen den Pfarrhof in Stein; arge Verwüstungen wurden angerichtet.¹⁵⁴ Abt Dr. Strohsacker erhielt am 18. Juli 1934 einen mit großen lateinischen Buchstaben geschriebenen anonymen Brief, in dem von *Kämpfern für die Einheit des deutschen Volkes* angedroht wurde, das Stift *als weithin leuchtendes Fanal in Flammen aufgehen zu lassen*.¹⁵⁵

Die Frontstellung gegen den Nationalsozialismus dürfte im Stift ziemlich allgemein gewesen sein. Innerhalb der Ordensgemeinschaft fanden sich im Jahre 1938 nur zwei Mönche, die gewisse Sympathien zum Nationalsozialismus zeigten oder sich — darüber besteht keine Klarheit — bloß recht undurchsichtig an die veränderte Situation anpaßten. Aber auch in diesen Umsturztagen zeigte sich zunächst noch isoliertes, vor allem die Interessen der katholischen Kirche und des eigenen Hauses berücksichtigendes politisches Denken.¹⁵⁶

149) DiGoN S. 225 (1934 Sept. 15).

150) DiGoN S. 225 (1934 Juli 28).

151) DiGoN S. 213 f. (1933 Aug. 15).

152) Nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß äußerte Abt Dr. Strohsacker: *So gehts, wenn man einer solchen Verbrechergesellschaft Langmut und Nachsicht angedeihen läßt! — Die Mordbuben haben uns den besten Mann genommen . . .* DiGoN S. 224 (1934 Juli 25), siehe auch S. 219 (1934 Jän. 25).

153) Benedikt, Republik S. 203. — Niederösterreichisches Volksblatt 1933 Juni 21; Land-Zeitung 1933 Juli 5.

154) DiGoN S. 223 (1934 Juni 26).

155) DiGoN S. 224 (1934 Juli 18).

156) Die Benediktiner des Stiftes Göttweig mußten, wenn man die von Gabriel A. Almond ausgearbeitete Typologie der politischen Kultur heranzieht, in der Zwischenkriegszeit vorwiegend dem „parochialen Typus“ zugeordnet werden. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, daß er relativ wenig Kenntnisse über das politische System hat und auch geringe emotionelle Bindungen zu ihm aufweist. Eine Untersuchung über St. Peter in Salzburg kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Hanisch, St. Peter (wie Anm. 123) S. 362.

V. Enteignung des Stiftes wegen angeblichen „volks- und staatsfeindlichen Verhaltens“

Der „Umbruch“

Der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und die Übernahme der politischen Macht durch den Nationalsozialismus in den Märztagen des Jahres 1938 schien zunächst Stift Göttweig nicht in seiner Existenz zu gefährden. Die Mönche gingen weiterhin wie eh und je ihren Aufgaben nach, die Gemeinde Steinaweg – zu der Stift Göttweig gehörte – stimmte mit 100 Prozent für den Anschluß Österreichs an Deutschland, und der Abt kam verdrossen der *Einladung* nach, ein Bild und eine Büste Adolf Hitlers anzukaufen.¹⁵⁷ Dem Tagebuch vertraute freilich der Abt an, daß der *Raub Österreichs* ein *Verzweiflungsakt* sei, um sich Gold und Devisen anzueignen und den wirtschaftlichen Bankrott Deutschlands hinauszuzögern, dessen Reichsmark an auswärtigen Börsen nicht mehr gehandelt werde. Er empfand nun die Rechte und Freiheiten des Bürgers aufgehoben; die öffentliche Gewalt sei ohne Kontrolle, und eine Parteijustiz herrsche. Scharf wandte er sich gegen die *brutale und geradezu blödsinnige Judenverfolgung* und die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten.¹⁵⁸

Das Generalkapitel vom 5. Juni 1938 sah vor allem zwei Gefahren auf sich zukommen: Fehlen des Nachwuchses durch Ausschaltung jeden Einflusses auf Schule und Unterricht sowie wirtschaftlicher Ruin durch Aufbürdung von neuen Steuern und Streichung jeglicher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Man hoffte allerdings, einige Jahre durchhalten zu können; entscheidend würde werden, wie lange sich das neue Regime behaupten konnte, das bereits mit der Vertreibung der Mönche aus St. Lambrecht begonnen hatte und Admont zwangsverwaltete.¹⁵⁹

Erste Repressalien

Doch auch in Göttweig bekam man bald den Druck der nationalsozialistischen Herrschaft und die Einschränkung selbständiger Entscheidungen zu spüren. Zunächst wurde die Privatschule aufgehoben und daraufhin vom Stift der dort seit Jahrzehnten wirkende Oberlehrer Ludwig Plentner gekündigt. Man behielt ihn auch nicht als Organisten, obgleich er dies wünschte, wohl aus ökonomischen Überlegungen und weil er sich zur Überraschung der Patres als Parteigenosse entpuppte.¹⁶⁰ Das Sängerknabenkonvikt mußte aufgelöst werden. Der Direktor des Kremser Gymnasiums drohte allen mit dem Ausschuß, die im Göttweiger Juvenat wohnen bleiben würden.¹⁶¹ Ein Novize

157) DiGoN S. 255 (1938 April 9, 1938 Mai 21). Die Aufzeichnungen im Diarium seit 1938 erfolgten auf der Grundlage des Tagebuches des Abtes Dr. Strohsacker erst nach 1945.

158) DiGoN S. 257–259 (1938 Aug. 28).

159) DiGoN S. 260 (1938 Juni 5).

160) DiGoN S. 256 (1938 Okt. 30), S. 260 (1938 Aug. 31).

161) DiGoN S. 255 (1938 Okt. 15).

und ein Laienbruder verließen das Stift, die ersten, die der Unsicherheit dieser Zeit und des Abdrängens in eine Ghettosituation nicht gewachsen waren. In den nächsten Jahren sollten ihnen noch zwei Patres folgen.¹⁶²

Im Mauterner Feld wurden für den Bau einer Kaserne und deren militärischen Anlagen Felder beschlagnahmt; Göttweig war ebenfalls davon berührt und sollte außerdem mit seinem Besitz die anderen von dieser Enteignung betroffenen Grundbesitzer entschädigen.¹⁶³ Im Herbst 1938 — während der sogenannten Sudetenkrise — erfuhr dann das Stift die Auswirkungen eines möglichen Krieges. Auf seinen Türmen setzten sich militärische Beobachtungsposten fest, eine Artilleriekompanie wurde einquartiert und Flüchtlinge mußten Aufnahme finden. Zum ersten Mal mußte das Stift verdunkelt werden, was die Unbenützbarkeit vieler Räume — auch des Refektoriums — zur Folge hatte.¹⁶⁴

In kommissarischer Verwaltung

Aber es sollte bei diesen Einschränkungen und kleineren Schikanen nicht sein Bewenden haben. Krems, das zur Gauhauptstadt erklärt wurde und in dessen Gemeindegebiet „Groß-Krems“ nunmehr auch Göttweig zu liegen kam, witterte hier eine Möglichkeit, verfügbaren Grund und Boden sowie einen starken wirtschaftlichen Rückhalt für seine hochfliegenden Pläne zu bekommen. Am 17. Februar 1939 erschien plötzlich nach dem Mittagstisch der Oberbürgermeister von Krems, Franz Retter, mit SA-Männern im Refektorium und verkündete dem vollkommen überraschten Konvent, daß das Stift in kommissarische Verwaltung genommen werde.¹⁶⁵ Als Begründung wurden offiziell wirtschaftliche Mißstände, Verfehlungen und Steuerschulden angegeben. Das Haus wurde vergeblich nach belastenden Materialien durchsucht; die peinlichen Verhöre der Patres, die mit schwerwiegenden Vorwürfen konfrontiert wurden, blieben im wesentlichen ergebnislos. Der pensionierte Oberlehrer L. Plentner wurde als kommissarischer Verwalter eingesetzt und beauftragt, die weitere Untersuchung zu leiten.¹⁶⁶ Denn die rechtliche Grundlage für die Einziehung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens des Stiftes beruhte darauf, daß volks- und staatsfeindliches Verhalten nachgewiesen werden konnte.

In den nächsten Monaten verliefen nun — in großer Hektik und unter Einsatz auch mancher untauglicher Mittel — zwei Vorgänge, die sich konträr

162) DiGoN S. 255 (1938 Mai 15); S. 261 (1938 Sept. 26). Die Patres Petrus Schmidt und Friedrich Reithmayer verließen in den Jahren 1940 bzw. 1943 die Klostergemeinschaft.

163) DiGoN S. 257 (1938 Juni 19).

164) DiGoN S. 261 (1938 Sept. 14, 18, 24, 25).

165) DiGoN S. 263 f. (1939 Feb. 17); Interview Fr. Alois Knoll, 19. Jänner 1982 (Tonband in AG); Gedenkprotokoll 1950 April 14. NL Strohsacker.

166) Die Förderung L. Plentners durch Oberbürgermeister F. Retter dürfte — möglicherweise — auf verwandtschaftliche Beziehungen zurückzuführen sein. Interview Dr. Thorwesten, 18. Mai 1982.

gegenüberstanden und deren Ausgang von vornherein nicht sicher war. Der eine, vor allem von der Stadt Krems betriebene, war auf die Überleitung der Beschlagnahme in eine Besitznahme des Stiftes gerichtet. Oberbürgermeister F. Retter versuchte es zunächst mit Einschüchterungen. Er behauptete am 25. Februar 1939, daß er befugt sei, das Stift aufzuheben und dessen Besitz zu übernehmen, ja den Konvent mit Gewalt zu entfernen. Doch wenn dieser freiwillig das Haus verlasse und es ihm übergebe, würde er den Ansprüchen der Mitglieder entgegenkommen. Das Kapitel trat deshalb am 1. März 1939 vormittags zusammen, um seine Forderungen festzulegen.¹⁶⁷ Die Stadt Krems müsse zunächst das Patronat der 30 Stiftspfarrn und der vier Patronatspfarrn übernehmen und für die Stiftspfarrn alle Kosten zur Gänze tragen. Für jedes Stiftsmitglied, das auf Grund seiner Ordensprofeß den rechtlichen Anspruch auf lebenslängliche standesgemäße Versorgung habe, ist — falls er als Pfarrer kein ausreichendes Einkommen bezieht, auf jeden Fall nach dem 65. Lebensjahr oder bei Invalidität — monatlich RM 400,— (bzw. RM 300,— für Kleriker und Laienbrüder) netto von Krems flüssig zu machen. Jedes Stiftsmitglied dürfe behalten, was in seiner persönlichen Benützung gestanden ist, für die Übersiedlung sei eine angemessene Frist einzuräumen und ein finanzieller Beitrag in der Höhe eines Quartals zu gewähren. Der rechtsgültige Akt einer solchen Übertragung könne aber erst ausgefertigt werden, wenn die Kirchen- und Ordensbehörden ihre Zustimmung gegeben hätten. Aber als der Abt noch am selben Tag beim Oberbürgermeister der Stadt Krems vorsprach, stellte sich heraus, daß dieser zu solchen Verhandlungen gar nicht berechtigt war, sie wurden daher gar nicht aufgenommen. Ob F. Retter tatsächlich ernsthaft einen derartigen Leibrentenkauf im Auge hatte, ist fraglich. Er selbst hat allerdings darauf hingewiesen, daß er RM 300,— monatliche Rente angeboten habe, obgleich er „billiger“ zu dem Göttinger Besitz kommen konnte.¹⁶⁸

Eingreifen der Gestapo

Dazu war freilich notwendig, daß man dem Konvent volks- und staatsfeindliches Verhalten nachwies. Um dieses festzustellen, zog Krems Beamte der Staatspolizeileitstelle Wien der Geheimen Staatspolizei heran. Diese war durch Verordnung allerdings nur berechtigt, Vermögen, Sachen und Rechte zugunsten des Landes Österreich einzuziehen.¹⁶⁹ Von allem Anfang an aber war die Einziehung des Stiftes Götting zugunsten der kreisfreien Stadt Krems geplant. Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, war aber nicht gewillt, sich in seinen von ihm beanspruchten Rechten beschneiden zu lassen. Er schickte deshalb bereits am 22. Februar 1939 den Parteigenossen Josef Kopf nach Götting und ermächtigte ihn, das Kloster zu überprüfen und unbedingt notwen-

167) Beilage 2 mit eigenhändiger Nota des Abtes. NL Strohsacker.

168) Gedächtnisniederschrift (1939 Okt. 18). NL Strohsacker.

169) Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. Nov. 1938. Reichsgesetzblatt I, S. 1620 f.

dige Maßnahmen zu treffen.¹⁷⁰ Doch dessen Tätigkeit war verständlicherweise starken Angriffen des Oberbürgermeisters Retter ausgesetzt, wurde bald durch eine persönliche Weisung des Gauleiters Jury weitgehend unterbunden und schließlich Ende April abrupt beendet. F. Retter beschuldigte J. Kopf, dieser habe einem Geistlichen gegenüber erklärt, *nachdem Bürckel die Judengelder vergeudet hat, braucht er das Geld der Pfaffen*. Dieser gab zwar eine eidesstattliche Erklärung ab, nie eine derartige Äußerung gemacht zu haben, doch die Angelegenheit wurde dem Parteigericht übertragen.¹⁷¹

Den März 1939 hindurch folgten weitere Einvernahmen der Mitglieder des Konvents, teils im Kloster selbst, teils in Krems. Es ging dabei nicht ohne Schläge ab. Als ein Pater einem SA-Mann die Ohrfeige zurückgab, die er eben erhalten hatte, wurde er schwer mißhandelt.¹⁷² Die Begleitumstände dieser Wochen waren bedrückend: Tage hindurch SA-Wachen im Klausurgang, Durchstöberung der Kunstsammlung und der Bibliothek durch Parteibeauftragte aus Wien, Einquartierung von Hitler-Jugend, die im Klerikergang Appelle abhielt und auf dem Friedhof blasphemischen Spott trieb.¹⁷³

Konfinierung in Unternalb. Enteignung des Stiftes

Die Erhebungen erbrachten freilich nicht die gewünschten Tatbestände. Erst ein im engeren Kreis geführtes Tischgespräch im Refektorium über eine Parole des Moskauer Senders für das Zusammengehen des Katholizismus mit dem Kommunismus bot eine Handhabe zu weiterem Vorgehen. Dem Abt Dr. Strohsacker wurden dazu die Worte in den Mund gelegt, daß wohl nichts anderes übrigbleibe, *als daß wir uns — obwohl gegen unseren Willen — vorübergehend mit dem Kommunismus zwecks Bekämpfung des nationalsozialistischen Staates zusammenschließen müssen, damit die Kirche wie früher ihre alte Position erhält*.¹⁷⁴ Diese Bemerkung wurde als strafrechtliches Anfangsstadium der versuchten Vorbereitung zum Hochverrat erklärt und bot die Möglichkeit zu schärferen Maßnahmen.¹⁷⁵ Am 21. April 1939 mußten

170) Bescheinigung, i. V. gez. Barth, 1939 Feb. 22. AVA RW, Ordner 272, Akt 2512/63.

171) J. Kopf an J. Bürckel, 1939 April 25 (mit handschriftlichem Vermerk: Verfahren bereits durch Stabsleiter Lukesch eingeleitet). Wie Anm. 170.

172) Der 29jährige P. Robert (Otto) Docekal wurde zuerst von uniformierten SA-Männern ins Gesicht und auf die Brust geschlagen, bis er blutete. Er fuhr daraufhin zum Arzt und ließ sich ein Zeugnis über seine Verletzungen ausstellen. Einen halben Monat später drangen nicht identifizierbare Männer in das Kasino der Ordensleute ein und schlugen P. Robert blutig, während sie die anderen Ordensangehörigen entkommen ließen. DiGoN S. 266 f. (1939 März 9, 1939 März 25); Interview Fr. Alois Knoll (wie Anm. 165).

173) DiGoN S. 266 (1939 März 7, 10); S. 269 (1939 April 9).

174) Gegenschrift der Stadt Krems zur Bundesgerichtshofbeschwerde Göttweigs, 1939 Dez. 12. NL Strohsacker.

175) Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien (gez. Dr. Pifradner) an Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei in Berlin, 1939 Mai 23, Wien (Durchschrift eines Schnellbriefes, Zl. B. Nr. 203/39 II B 1). AVA RW (wie Anm. 170).

sich die im Stift wohnenden Patres im Kammeramt versammeln und wurden angewiesen, Zivilkleidung anzulegen und das Allernotwendigste in einer Handtasche mitzunehmen. Sie wurden in das Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei nach Wien (Morzinplatz) gebracht und einzeln in 3 m² große Zellen gesteckt.¹⁷⁶ Die Fortsetzung der Verhöre erbrachte nichts Neues. Auch die Staatsanwaltschaft ersah keine Möglichkeit, eine Anklage zu erheben. Bis auf ihren Prior Dr. Vašiček und den Regenschori Pater Gottfried Pfaff, die noch ein weiteres halbes Jahr in *Schutzhaft* gehalten wurden, ließ die Gestapo die Göttweiger Mönche, mit dem Abt an der Spitze, bereits am 28. April 1939 wieder frei, allerdings mit den Auflagen, ihren Aufenthaltsort Unternalb nicht zu verlassen, den Bezirk Krems nicht mehr zu betreten, ihre Korrespondenz zur behördlichen Einsicht aufzubewahren u. ä.¹⁷⁷

Die Konfinierung in Unternalb, die am 29. April 1939 einsetzte, bedeutete gleichsam die Verlegung des Konvents aus Göttweig. Viele Schwierigkeiten türmten sich dabei auf. Zur Unterbringung mußten auch Privatquartiere herangezogen werden, weil die Hitlerjugend den für die Patres bestimmten Wohntrakt beanspruchte; die Stadt Krems bezahlte bloß täglich RM 1.50 Verpflegungsgeld für jeden Pater.¹⁷⁸ Doch es gelang hier trotzdem die Fortsetzung des monastischen Lebens; von diesem Exilort aus wurden die Göttweiger Stiftspfarrten gelenkt und die Kontakte zwischen den Angehörigen des Stiftes aufrecht erhalten. Inzwischen wurde die *Feststellung der Staats- und Volksfeindlichkeit der Insassen des Stiftes Göttweig* weiter vorangetrieben.¹⁷⁹ Schon am 27. April 1939 wurde von der Gestapo der umfangreiche Akt über die Einvernahmen der Staatsanwaltschaft Krems zur strafrechtlichen Beurteilung vorgelegt, doch diese ließ sich mit der Anklage Zeit.¹⁸⁰ Wiederholt wurde von der Gestapo mit dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern in Berlin Kontakt aufgenommen. Als *hauptsächliche Punkte für staats- und volksfeindliche Betätigung* wußte man freilich nur strafrechtliche Vergehen von zwei Patres — einer davon war Halbjuden — vorzubringen, die zum Teil mehr als zehn bzw. sechs Jahre zu-

176) Verhaftet wurden der Abt Dr. Strohsacker, der Prior Edmund Vašiček und die Patres Rudolf Daxböck, Emmerich Hofbauer, Ernest Hofbauer, Gottfried Pfaff und Hartmann Zimmerl.

177) DiGoN S. 269 f. (1939 April 21, 25, 27, 28); Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Reichskommissar Bürckel, z. H. Kreisleiter Knissel, 1939 Mai 4, Wien, Zl. B. Nr. 203/39 II B 1. AVA RW (wie Anm. 170).

178) DiGoN S. 273 (1939 Juni 14, Juli 21).

179) Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei in Berlin, 1939 Mai 23, Wien. Schnellbrief Zl. B. Nr. 203/39 II B 1. AVA RW (wie Anm. 170).

180) Der zuständige Staatsanwalt Dr. Kranz äußerte nur, daß er sich von einer gerichtlichen Strafverfolgung *Erfolg verspreche*. AVA RW (wie Anm. 170) S. 1. Siehe auch Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Inspekteur der Sicherheitspolizei in Wien, 1939 Mai 23, Wien, Zl. B. Nr. 203/39 II B 1. AVA RW (wie Anm. 170).

rücklagen und längst bezirksgerichtlich gehandelt worden waren.¹⁸¹ Schließlich warf man dem Abt vor, er habe es vermieden, *den Ertrag der Ländereien und Forste so zu steigern, daß dieselben auch für die Allgemeinheit nutzbringender gewesen wären.*¹⁸²

Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers, der keineswegs ungünstig war¹⁸³ und auf den sich übrigens auch das Stift bei seinen Eingaben berief, wurde so interpretiert, daß Göttweig, bliebe es weiter in den Händen der Benediktiner, dem *wirtschaftlichen Zusammenbruch* entgegengehen und dies nicht ohne Rückwirkung auf Krems und die umliegenden Bauernwirtschaften bleiben könnte. Diese fadenscheinige Argumentation hielt man in Wien für ausreichend, der *Einweisung des Stiftes Göttweig in das Vermögen der kreisfreien Stadt Krems* zuzustimmen.¹⁸⁴

In Berlin jedoch mußte noch Widerstand aus dem Weg geräumt werden. Der Reichsminister des Innern gab erst am 15. Juli 1939 allgemein die Erlaubnis, Enteignungen auch zugunsten einer anderen Rechtsperson als des Landes Österreich durchzuführen.¹⁸⁵ Oberbürgermeister F. Retter hatte sich deswegen persönlich in die Reichshauptstadt Berlin begeben. Die Beigeordneten und Ratsherren der Stadt Krems beglückwünschten ihn nach dem Abschluß des Enteignungsverfahrens zu dem *kaum faßbaren Erfolg*, daß zum ersten Mal in der Geschichte des Dritten Reiches beschlagnahmtes Vermögen zugunsten einer Stadt eingezogen wurde.¹⁸⁶

Doch auch Stift Göttweig hatte die Beschlagnahme nicht einfach hingenommen, sondern alle Möglichkeiten auszuschöpfen versucht, um sie rückgängig

181) Es handelte sich um die widernatürlichen Beziehungen eines Paters zu einem Ministranten, bzw. Schändung von minderjährigen Mädchen.

182) Wie Anm. 179, S. 4.

183) Der Vermögensstand des Stiftes Göttweig betrug am 17. Feb. 1939 einschließlich der Buchwerte des Besitzes 3,534 006.22 RM. Die Aktiva (ohne Buchwerte) nach dem Stand vom 31. Dez. 1938 machten 707 671.55 RM, die Passavia 368 188.79 RM aus, so daß ein liquides Vermögen in der Höhe von 339 482.76 RM ausgewiesen werden konnte. Vermögensstand des Stiftes Göttweig am 17. Feb. 1939. NL Strohsacker.

184) Wie Anm. 179.

185) Grundbuch Krems, Urkundenbuch, 1939, Nr. 1562. (Der Inspekteur der Sicherheitspolizei an alle Staatspolizei-(leit-)stellen, an den Reichskommissar J. Bürkel, an alle Landeshauptmannschaften, 1939 Juli 28, Wien, Zl. B. Nr. 5 II G — 1084/39).

186) Zum Lebenslauf des Baumeisters Franz Retter († 1982) siehe Kremser Zeitung 1982 Jän. 25 und Land-Zeitung 1982 Jän. 26. In der Dankansprache wurde *das nahezu unmöglich erscheinende Werk dieser Einweisung* gewürdigt und ihm gestattet, *aus den Mobilienbeständen des Stiftes Göttweig eine schöne Zimmereinrichtung für den eigenen Gebrauch zusammenzustellen.* F. Retter nahm zwar an, wünschte aber nur Gegenstände, die einen *kleinen Kunstwert* besitzen, und ordnete an, *um jeder Mißdeutung vorzubeugen*, daß sie im Inventar der Stadt Krems blieben. Auszüge aus dem Personalakt des Oberbürgermeisters F. Retter. NL Strohsacker.

zu machen. Die kirchlichen Stellen protestierten gegen den unbegründeten Willkürakt; der Abt von Seitenstetten als Präses der Benediktinerkongregation wandte sich an den Reichskommissar J. Bürckel und wies darauf hin, daß die vorgeschobenen wirtschaftlichen Mißstände nicht zuträfen. Dies könne von dem Wirtschaftsprüfer wie auch der Kreisbauernschaft bestätigt werden.¹⁸⁷ Der Bischof von St. Pölten sandte seinen Kanzler zum Nuntius nach Berlin, damit dieser für die Erhaltung des Stiftes eintrete. Auch ein Pater des Stiftes begab sich dorthin. Die Stiftsmitglieder schickten einen Beschwerdebrief an die Reichskanzlei nach Berlin; ein Pater fuhr nach München, um dort eine alte Frau aufzusuchen, bei der einmal Adolf Hitler gewohnt hatte, um sie für eine Intervention zu gewinnen. Auch vom Wirtschaftsprüfer und vom Vertreter Bürckels, J. Kopf, erwartete man Hilfe.¹⁸⁸

Doch die Würfel waren längst gefallen. Am 13. Juli 1939 wurde durch den Reichsminister des Innern die Volks- und Staatsfeindlichkeit der Benediktinermönche in Göttweig amtlich festgestellt und die Einziehung ihres Vermögens zugunsten von Krems gestattet.¹⁸⁹ Der Reichskommissar J. Bürckel erklärte sich am 9. August 1939 damit einverstanden.¹⁹⁰ Interessanterweise erließ die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, bereits am 1. August 1939 eine formlose Verfügung, daß das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle Rechte und Ansprüche des Benediktinerstiftes Göttweig auf Grund des § 1 der Verordnung vom 18. 11. 1938 (RGBl. 1938 I, S. 16–20) und des Erlasses des Reichsstatthalters in Wien (Österreichische Landesregierung – Inspekteur der Sicherheitspolizei) vom 28. Juli 1938 (Zl. S II G-1084/39) zugunsten der kreisfreien Stadt Krems eingezogen und gleichzeitig in ihr Eigentum übertragen werden.¹⁹¹ Nochmals dürften aber Hindernisse aufgetreten sein, denn diese Verfügung wurde zwar mit diesem Datum schon dem Grundbuch in Krems und im Justizpalast übermittelt,¹⁹² damit die neue Eigentumseinverleibung in der Landtafel vorgenommen werde, doch die Geheime Staatspolizei berief sich später auf einen Entscheidungsentwurf vom

187) Abtpräses Th. Springer O.S.B. an Reichskommissar für Österreich in Wien, 1939 Feb. 25, Seitenstetten. NL Strohsacker.

188) DiGoN S. 265 (1939 Feb. 28, März 1, 2, 3), S. 269 (1939 April 11).

189) Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich in Wien, 1939 Aug. 3, Wien, Zl. B. Nr. 203/39 II B 1. AVA RW (wie Anm. 170). Der Erlaß des Reichsministers des Innern v. 13. Juli 1939 trägt die Zl. Pol. S. V 1 2257/39-212.

190) Bürckel an Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, 1939 Aug. 9. Wie Anm. 189.

191) Grundbuch Krems, Urkundenbuch, 1939, Nr. 1562.

192) Grundbuch Wien, Justizpalast, Landtafel Nr. 632, S. 265, Zl. 2 (26. Sept. 1939, Urkundenbuch Nr. 14121). Hier wird ebenfalls auf die Verfügung der Geheimen Staatspolizei, Leitstelle Wien, vom 1. Aug. 1939, Zl. B. Nr. 203/39 – II B 1 Bezug genommen.

28. August 1939, als sie die Enteignung mit 15. September 1939 offiziell aussprach. Am 19. September 1939 erschien auch ein Beamter der Gestapo in Unternalb und überreichte dem Abt diese Verfügung.¹⁹³ Am 20. September 1939 wurde das Einziehungserkenntnis auch in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

Gerichtliche Schritte

Der Restkonvent in Unternalb gab aber sein Kloster auch in dieser hoffnungslosen Situation nicht auf. Man beschloß, nicht nur einen Rekurs gegen die Eigentumsrechtseinverleibung einzubringen, sondern auch das damals noch mögliche höchste Rechtsmittel, eine Bundesgerichtshofbeschwerde gegen die Vermögenseinziehung, zu ergreifen.¹⁹⁴ Sie wurde in großer Eile schon am 19. Oktober 1939 vorgelegt und zwang die belangte Behörde (Reichsstatthalter) und die mitbelangte Partei (Stadt Krems) zu einer umfangreichen Gegenschrift. Die Stadt Krems bestritt *vorsichtshalber* den gegnerischen Sachverhalt mit *Ausnahme der Tatsachen des Einschreitens der Gestapo gegen die Insassen des Benediktinerstiftes Göttweig wegen volks- und staatsfeindlichen Verhaltens, der Einsetzung einer kommissarischen Verwaltung für dieses Stift und der darauffolgenden Einziehung, bzw. Überweisung des Vermögens desselben in die Stadt Krems . . . soweit dieser nicht von der Gestapo ausdrücklich zugegeben oder durch die Aktenlage außer jeden Zweifel gestellt ist*. Sie erklärte außerdem den Bundesgerichtshof für nicht zuständig, weil zwar eine besondere Weisung des Reichsstatthalters in Österreich an die Staatspolizeileitstelle Wien zur Erlassung der angefochtenen Verfügung geführt hatte, Berufung gegen Verfügungen der Geheimen Staatspolizei jedoch nicht zulässig seien. Die gesetzlichen Grundlagen für die Enteignung seien korrekt, denn welches Verhalten als volks- und staatsfeindlich anzusprechen sei, könne der Reichsminister generell und im einzelnen Fall *autoritativ* festsetzen, was dieser auch im Fall Göttweig getan habe. Das Ordensstift sei auch

193) Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Bundesgerichtshof in Wien, 1939 Dez. 12, Wien, Zl. B. Nr. 203/39 — II B. AVARW (wie Anm. 170). Grundbuch Krems, Urkundenbuch 1939, Nr. 1562 (Bestätigung des Erhalts der Verfügung der Staatspolizei durch Abt Dr. Strohsacker, 1939 Sept. 19); DiGoN S. 274 (1939 Sept. 19).

194) Man war sich allerdings nicht ganz im klaren, wo überall eine Beschwerde eingereicht werden sollte. Daher wurden Beschwerdeschreiben auch an den Reichsstatthalter, an das Reichsministerium des Innern und an die Geheime Staatspolizei gerichtet. Beschwerdeschrift an Geheime Staatspolizei in Wien I, Morzinplatz 4, 1939 Sept. 30, Exposé. NL Strohsacker. Bischof Wienken intervenierte zugunsten Göttweigs bei der Geheimen Staatspolizei in Berlin. Erzbischöfl. Ordinariat Wien an Strohsacker, 1939 Okt. 30, Wien; Chef der Sicherheitspolizei und des SD an Strohsacker, 1939 Nov. 21, Berlin. Ebd. Es findet sich auch eine Notiz, daß Abt Dr. Strohsacker zwischen 14. und 18. Oktober nach Berlin fuhr, um beim Nuntius vorzusprechen. DiGoN S. 274 (1939 Okt. 14).

keine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die Bestimmungen des Reichskonkordats hätten in Österreich keine Geltung.¹⁹⁵

Die Geheime Staatspolizei hielt sich viel knapper. Sie stellte trocken fest, daß das Verfahren das volks- und staatsfeindliche Verhalten der Benediktiner in Göttweig bestätigt habe und daher die Einziehungsverfügung zu Recht bestehe. Im übrigen unterlägen nach § 7 des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936 (Pr. G. S. 21) Verfügungen der Gestapo nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte.¹⁹⁶ Mit dieser Begründung wurde auch die Beschwerde Göttweigs abgewiesen; der Rekurs war gleichfalls vergeblich,¹⁹⁷ der Konvent um eine Hoffnung ärmer. Allerdings konnten verschiedene unklare Grundbuchseintragungen, die Besitz als Eigentum einer Göttweiger Pfarre, aber nicht des Stiftes auswiesen, erfolgreich benützt werden, ihn vor dem Zugriff der Stadt Krems zu schützen.¹⁹⁸

Währenddessen hatte diese Schritte unternommen, um den Konvent auch aus Unternalb zu vertreiben. Sie kündigte am 6. Oktober 1939 dem Abt und den dort wohnenden Patres an, daß ihnen der bisher pro Person täglich gewährte Beitrag von RM 1,50 *aus freien Stücken* noch bis zum 20. Oktober 1939 ausbezahlt werde, damit sie Gelegenheit hätten, sich um eine neue *Lebensstellung* umzusehen. Zu diesem Zeitpunkt aber hätten sie Unternalb zu verlassen.¹⁹⁹ Daraufhin kam es am 18. Oktober 1939 im Rathaus Krems zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Oberbürgermeister Retter und den Vertretern der Ordinariate St. Pölten und Wien, Kanzler Msgr. M. Distelberger und Rechtsanwalt Dr. Ramek. Der Oberbürgermeister wurde darauf hingewiesen, daß drei der Konventualen in Unternalb bereits über 70 Jahre alt seien, einer davon wäre halbseitig gelähmt. Unternalb sei außerdem Besitz der Pfarre und nicht des Stiftes, wie im Grundbuch eindeutig ausgewiesen sei, und Krems habe daher dort nichts zu reden. Dem nur sachlich

195) Gegenschrift der Stadt Krems a. d. Donau zur Bundesgerichtshofbeschwerde des Benediktinerstiftes Göttweig, 1939 Dez. 12. NL Strohsacker.

196) Gegenschrift der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien, 1939 Dez. 12. Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien an Reichskommissar, 1939 Dez. 12, Wien, Zl. B. Nr. 203/39 — II B, Vorlage einer Abschrift der Gegenschrift. AVA RW (wie Anm. 170).

197) Ablehnende Rekursentscheidung des Oberlandesgerichts Wien vom 2. März 1940, Zl. 6 R 133/40/5, Grundbuch Wien, Justizpalast, Landtafel Nr. 632, S. 265, Urkundenbuch, 1940, Nr. 4305.

198) Überall, wo unklare Eintragungen im Grundbuch vorlagen (z. B. Stift Göttweig, eigentlich Pfarre Mühlbach; oder Stift Göttweiger Pfarre Mühlbach) wurde die Einverleibung angefochten. Dr. Ramek an erzb. Ordinariat Wien, 1939 Nov. 14. NL Strohsacker. Es wurden auch sehr gezielt von den Göttweiger Pfarren Einsprüche gegen die Einkommensteuerbescheide für 1938 wegen der unklaren Rechtslage eingebracht, z. B. Pfarramt Michelbach an Finanzamt Sr. Pölten, 1939 Nov. 2. Ebd.

199) Stadt Krems a. d. Donau an Strohsacker (u. Restkonvent) in Unternalb, 1939 Okt. 6, Krems. NL Strohsacker.

argumentierenden Ordinariatskanzler wurde schließlich die Tür gewiesen.²⁰⁰ Der Abt hoffte allerdings, daß Krems nunmehr doch klar werde, daß es mit der simplen Übernahme des Stiftsbesitzes nicht abgetan sei, sondern daß damit auch Pflichten, auch solche öffentlich-rechtlicher Natur, verbunden wären und ein *Modus vivendi* gefunden würde. Die Stadt wurde sehr eindringlich auf ihre Verpflichtungen hingewiesen.²⁰¹

Schicksal der Kunstsammlungen. Die Stiftspfarrre

Inzwischen hatte der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine veränderte Lage geschaffen und die ursprünglichen Zielsetzungen von Krems, das zur Gauhauptstadt von Niederdonau ausgebaut werden sollte, zurückgedrängt. Der große Gebäudekomplex des Stiftes Göttweig hatte wohl seine ursprüngliche Funktion eingeübt, keine neue konnte an deren Stelle gesetzt werden. Die Stadt Krems begann 1940 mit dem Abtransport von Handschriften und Büchern, der Kupferstichsammlung, der Münzsammlung, der Gemälde, des Porzellangeschirrs und des Silberzeuges. Einiges davon wurde im Museum ausgestellt. Sogar das Chorgestühl der Stiftskirche wurde abgebrochen und dort als Schaustück einer klösterlichen Einrichtung gezeigt. Die schönen Möbel fanden im Rathaus und in der Statthalterei in Wien Verwendung, vieles kam in die Minoritenkirche in Stein ins Depot. Manche Stücke wurden im Dorotheum zu Geld gemacht.²⁰² Der Plan der Stadt Krems, den Reliquienschein des hl. Altmann dem Domkapitel zu Passau gegen ein gleichwertiges Kunstwerk zu überlassen, scheiterte am Einspruch des Reichsstatthalters von Niederdonau.²⁰³ Aus dem Stiftskeller in Furth wurde der Wein in den Stadtkeller nach Krems überführt und der Großteil der Fässer verkauft. Hierauf wurde der Keller — wie übrigens auch einige Pfarrhöfe und Grundstücke — veräußert.²⁰⁴

Schließlich sollte auch die Stiftskirche einer anderen Verwendung zugeführt werden. Im Juni 1940 hatte P. Benedikt Ramoser, der spätere Abt, die Stiftspfarrre übernommen, wurde aber bereits im Oktober desselben Jahres vom Verwalter der Stadt Krems aus seiner Wohnung im Stift gewiesen. Er mußte nach Klein-Wien in das Haus der Englischen Fräulein übersiedeln und dort auch die Pfarrkanzlei führen. Das bischöfliche Ordinariat weigerte sich aber, die Stiftskirche zu schließen; und P. Benedikt Ramoser scheute nicht die

200) Als Distelberger sagte: *Es wird auch einmal die Geschichte dieser Angelegenheit geschrieben werden. Wie stehen Sie dann da?*, sprang Retter auf und rief: *Verlassen Sie sofort das Zimmer! Sie werden dieses Zimmer nie mehr betreten! Dort ist die Tür!* Gedächtnisniederschrift, 1939 Okt. 18; Distelberger an Ramek, 1939 Okt. 13, St. Pölten; Distelberger an Ramek, 1939 Okt. 20, St. Pölten. NL Strohsacker.

201) Strohsacker an Ramek, 1939 Okt. 30, Unternalb; Ramek an Retter, 1940 Feb. 16, Wien. NL Strohsacker.

202) *Göttweig unter der Naziherrschaft*, S. 22 f. NL Vasicek.

203) DiGoN S. 277 (1943).

204) (Wie Anm. 202), S. 25. Einzelheiten über die verkauften Pfarrhöfe und Grundstücke siehe S. 442 f.

Strapazen, jahraus jahrein bei jedem Wetter auf den Berg zu steigen und die Sonntagsmesse zu halten. Eine Verwendung der Kirche als Kino oder Konzerthaus konnte hintangehalten werden. Im Jänner 1942 mußten die 1926 unter großen wirtschaftlichen Opfern erworbenen vier Glocken abgeliefert werden und wurden — wie viele im Lande — zu Kanonen umgegossen.²⁰⁵ Das leere, weiträumige Klostergebäude diente in diesen Jahren zunächst als Lager. Im Oktober 1940 zogen 600 deutsche Umsiedler aus Bessarabien ein und blieben bis Ende September 1941. Sie wurden dann in der Gegend von Lodz angesiedelt. Hierauf trafen Umsiedler aus der Bukowina und aus Serbien ein. Schließlich wurden auch Kriegsgefangene untergebracht.²⁰⁶ Der ehemalige Landwirtschafts- und Forstbesitz des Stiftes Göttweig brachte der Stadt Krems ebenfalls nicht die erwarteten Einkünfte. Die von ihr eingesetzten wenig geeigneten Verwalter bewährten sich nicht. Erst als man auf den bereits von den Benediktinern beschäftigten Forstmeister zurückgriff, ging es aufwärts.²⁰⁷

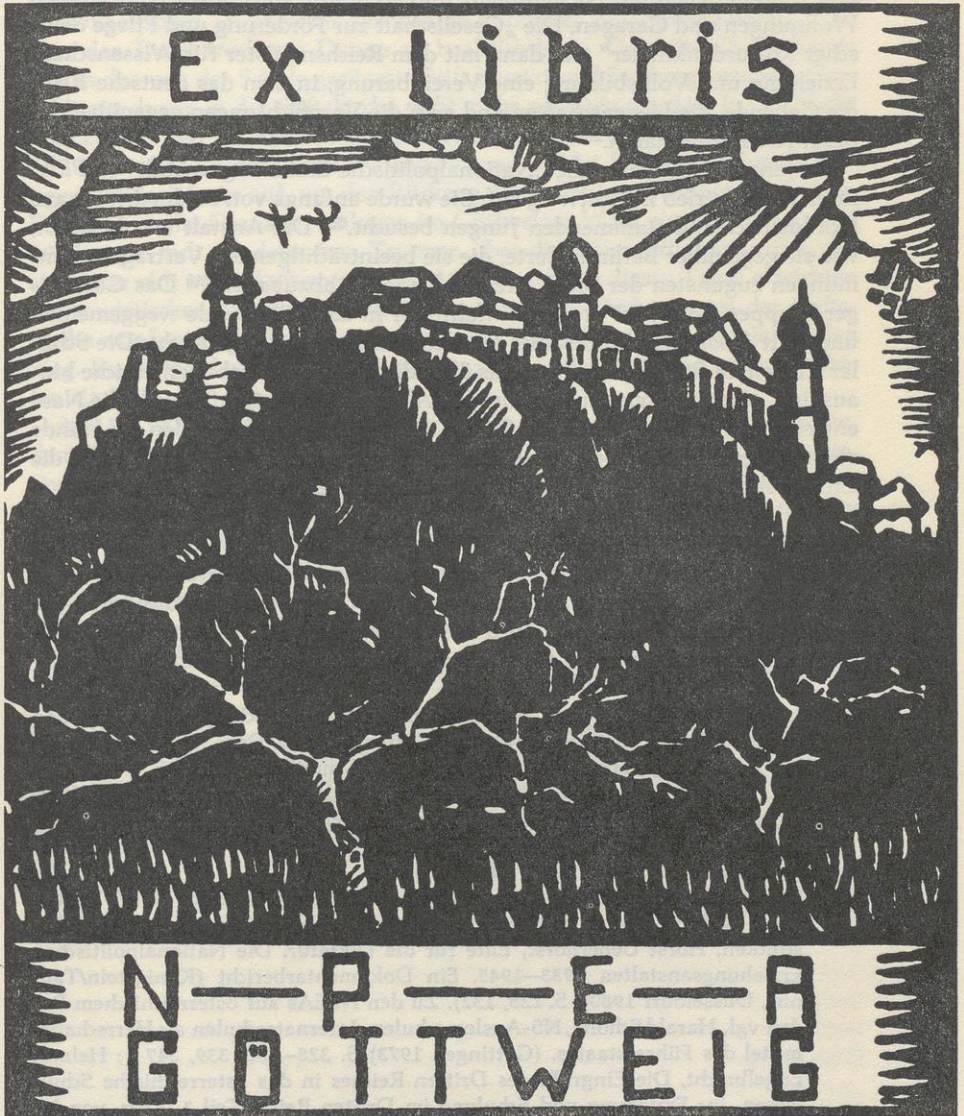
Das Stiftsgebäude als Geschenkobjekt. Die NPEA

Es verwundert daher nicht, daß die Stadt Krems nunmehr recht wenig Interesse am Besitz des denkmalgeschützten Stiftsgebäudes zeigte, das kaum etwas einbrachte und dessen Erhaltung hohe Summen erforderte. Im Herbst 1942 trat sie daher mit der „Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler“ in Verhandlungen ein. Die Stadt war bereit, diesem Verein das Stiftsgebäude samt den umliegenden Wiesen- und Waldgebieten unter bestimmten Auflagen zu schenken. Vor allem wurde als Zweck festgehalten, daß darin eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ errichtet werde. Die Übergabe des Geschenkobjekts erfolgte bereits am 1. Jänner 1943. Der Notariatsakt wurde aber erst am 16. April 1943 unterzeichnet und sicherte Krems eine Reihe von Vorrechten. Die in den Archiven befindlichen Einrichtungsgegenstände, Urkunden und Schriften waren überhaupt nicht Gegenstand des Schenkungsvertrages. Die Bibliothek mußte unverändert in den bisherigen Räumen erhalten bleiben; im Falle einer Auflassung konnte die Stadt alle ihr wichtig erscheinenden Bücher unentgeltlich in ihren Besitz nehmen. Die gesamte Einrichtung der Kaiserzimmer mußte gleichfalls unverändert belassen und fallweise unentgeltlich dem Oberbürgermeister der Stadt Krems für Empfänge überlassen werden. Die Einrichtungsgegenstände der Fürstenzimmer stellte Krems dem Verein überhaupt nur kostenlos zur Verfügung. Sogar für alle in der Stiftskirche, Sakristei und Schatzkammer befindlichen beweglichen Gegenstände (einschließlich der Glasfenster, eingemauerten Grabsteine und der Altäre) behielt sich Krems das Eigentumsrecht vor. Weiters hatte es bis Ende 1947 das unentgeltliche Benützungrecht des sogenann-

205) DiGoN S. 275 (1940 Juni 3, Okt. 9, 10); *Göttweig unter der Naziherrschaft*, St. 25 (1942) NL Vašiček; ChrPFGö S. 51 (1942 Jän. 19).

206) DiGoN S. 275 f. (1940 Okt. 12, 1941 Sept. 22). Die kriegsgefangenen Franzosen wurden im sog. Schultrakt untergebracht.

207) Interview Dr. M. Thorwesten, 18. Mai 1982.



*Exlibris der NPEA Göttweig unter Verwendung eines Holzschnittes
von Rose Reinhold aus 1929.*

ten Cäcilientraktes, wo das Forstamt und die deutsche Gemeindeverwaltungs- und Sparkassenschule Niederdonau untergebracht war, sowie von einigen Wohnungen und Garagen. Die „Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler“ traf dann mit dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine Vereinbarung, in dem das deutsche Reich die Gebäude, die Liegenschaften und auch die Verpflichtungen gegenüber der Stadt Krems übernahm.²⁰⁸

Im Jänner 1943 nahm die „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ (NPEA) ihren Schulbetrieb in Göttweig auf. Sie wurde anfangs von 80 durchwegs aus Norddeutschland stammenden Jungen besucht.²⁰⁹ Die Anstalt war bestrebt, wie sie gegenüber Berlin äußerte, die sie beeinträchtigenden Vertragsbestimmungen zugunsten der Stadt Krems allmählich abzubauen.²¹⁰ Das Göttweiger Wappen über dem großen Einfahrtstor in das Stift wurde weggemeißelt und statt dessen der Reichsadler mit dem Hakenkreuz angebracht. Die Schüler trieben im Stift so manches, was über die üblichen Lausbubenstreiche hinausging. Von der Steinskulptur des Hl. Altmann in der Gruft wurde die Nase entfernt, der Johann Nepomuk-Statue auf der Bergstraße wurden die Hände abgeschlagen und die Beifiguren zertrümmert und auf dem Bergfriedhof die Christuskörper als Zielscheiben für Revolverschießübungen benützt.²¹¹

Kampfhandlungen und Kriegsende

Die Verschärfung des Luftkrieges gegen Ende des Zweiten Weltkrieges führte dazu, daß Kunstschatze und wertvolle Gegenstände in Sicherheit gebracht werden mußten. Ende April 1944 führten etwa 20 Lastautos Teile des Wiener Heeresarchivs nach Göttweig; sie wurden in der Gruftkirche unter-

208) Information vom 17. Sept. 1942 (Vorverhandlungen), Schenkungsvertrag und Ergänzung zum Schenkungsvertrag Göttweig (1942 Dez. 31), Ausfertigung des Schenkungsvertrages (1943 April 29); Grundbuchsbeschluß (1943 Aug. 17); Vereinbarung zwischen der Gesellschaft zur Förderung und Pflege deutscher Kulturdenkmäler und dem Deutschen Reich — Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (Berlin, ohne Datum); Inventar, aufgenommen am 3. Okt. 1942. NL Strohsacker.

209) Die Inspektion der NPEAs befahl bereits am 7. Aug. 1942 der NPEA Ballenstedt (später „Anhalt“), Göttweig möglichst bald mit Jugendlichen zu beschicken. Horst Ueberhorst, Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933–1945. Ein Dokumentarbericht (Königstein/Taunus, Düsseldorf 1980), S. 128, 132). Zu den NPEAs auf österreichischem Boden vgl. Harald Scholtz, NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates. (Göttingen 1973) S. 328–332, 339, 347 f.; Helmut Engelbrecht, Die Eingriffe des Dritten Reiches in das österreichische Schulwesen, in: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 1, hrsg. von M. Heinemann (Stuttgart 1980) S. 128.

210) Stellvertr. d. Anstaltsleiters an Inspektion der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Berlin, 1944 Juli 24. K-F/1.

211) DiGoN S. 277 (1943 Juni, Nov.); ChrPFGö S. 56 (1943 Okt. 31); *Göttweig unter der Naziherrschaft*, S. 27, NL Vašiček; vgl. auch Ueberhorst, Elite (wie Anm. 209) S. 128–131.

gebracht.²¹² Auch die Bibliothek des Theresianums, damals ebenfalls eine NPEA, hatte hier einen sicheren Platz.²¹³ Schließlich rückten im April 1945 die sowjetischen Truppen bis auf wenige Kilometer an Göttweig heran, ohne aber den Durchbruch zur Donau zu beabsichtigen. Deutsche SS-Verbände hatten das von der Schule geräumte Stift besetzt und Stellung bezogen. Gottesdienst durfte in der Stiftskirche nicht mehr gehalten werden. In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1945 fielen Fliegerbomben in den Wald nordwestlich des Stiftes. In der Nacht zwischen 7. und 8. Mai flammte nochmals heftiges Artilleriefeuer auf, um den Rückzug der deutschen Truppen zu decken. Einige russische Granaten schlugen im Göttweiger Wald ein. Erst am 8. Mai 1945 zogen sich die deutschen Truppen über die Donaubrücken zurück, die sie hinter sich in die Luft sprengten.²¹⁴ Gegen Mittag dieses Tages erreichten die sowjetischen Verbände Klein-Wien. Vor dem Kirchenportal der Stiftskirche wurde ein Bild Stalins aufgestellt. Die russischen Offiziere feierten den Sieg. Erste Plünderungen von dem, was noch im Stift verblieben war, setzten ein.²¹⁵

Am 18. Mai 1945 lud die Stadtgemeinde Krems P. Adalbert Lohrmann, den Pfarrer von Mautern, und den Forstmeister Ing. Hudler ins Rathaus ein, um die Übergabe des Stiftes Göttweig an seine rechtmäßigen Besitzer vorzubereiten und hinter ein unrühmliches Kapitel schnell einen Schlußstrich zu ziehen.²¹⁶ Der Heimkehr der ihrem Orden treu gebliebenen Mönche und dem Neuanfang des monastischen Lebens standen allerdings noch viele Schwierigkeiten entgegen.

212) DiGoN S. 278 (1944 April 28).

213) Mit Herbst 1943 übernahm die NPEA Theresianum die Betreuung der NPEA Göttweig.

214) DiGoN S. 278 f. (1945 April 15, 22, 24; Mai 8); ChrPFGö, S. 60 (1945 Mai 7). Die Frontlinie verlief durch drei Wochen von Hollenburg über die Wetterkreuzhöhe und den Spatenberg nach Statzendorf.

215) DiGoN S. 279 (1945 Mai 8).

216) Stadtgemeinde Krems an P. A. Lohrmann, 1945 Mai 18. NL Strohsacker.